

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements - Preis vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interlions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgeheilene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 26. Oktober 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Rächt den Mandatsraub!

Heute, Dienstag haben die Wähler von vier Landtagswahlkreisen ihr Stimmrecht auszuüben. Es ist der letzte Termin, sich zu entscheiden, für welche Partei die Wähler zu stimmen haben.

In drei Wahlkreisen steht die Wahl nur zwischen freisinnigen und sozialdemokratischen Wahlmännern. Nur im 12. Landtagswahlkreis haben auch Konservative und Nationalliberale eigene Wahlmänner aufgestellt.

Tatsachen beweisen! Noch einmal seien daher den Wählern folgende Tatsachen vor Augen geführt.

Der preussische Staat ist der größte Arbeitgeber. Viele hunderttausende von Arbeitern sind in den Staatsbetrieben beschäftigt. Eine der Hauptaufgaben der preussischen Gesetzgebung sollte also darin bestehen, die

staatlichen Betriebe zu Musterbetrieben

zu machen, die Staatsarbeiter als Arbeitnehmer und Staatsbürger möglichst günstig zu stellen. Das ist wenigstens eine der Forderungen der Sozialdemokratie! Die Sozialdemokratie fordert für die Staatsarbeiter in den Eisenbahnbetrieben, den staatlichen Bergwerken usw. aufständige Löhne, menschenwürdige Behandlung und vor allen Dingen auch freies Koalitionsrecht und ungeschmäleretes Staatsbürgerrecht!

Als daher die preussische Staatsregierung dem Landtage die Beamtenbesoldungsreform vorlegte, forderte die Sozialdemokratie mit Entschiedenheit auch eine Aufbesserung der Gehälter der Staatsarbeiter. Die Regierung lehnte dieses Verlangen in der schroffsten Weise ab. Konservative, Nationalliberale und Freisinnige aber taten nichts, um die Forderung der Sozialdemokratie zu unterstützen!

Das einzig wirksame Mittel, bessere Lohnbedingungen, menschenwürdigere Behandlung durchzusetzen, ist das Koalitionsrecht. Die Sozialdemokratie forderte die Koalitionsfreiheit auch für die Staatsarbeiter. Die Regierung erklärte, daß sie eine wirkliche Koalitionsfreiheit niemals dulden werde, was ja die inzwischen erfolgten

Maßregelungen organisatorisch tätiger Staatsarbeiter

auch beweisen! Konservative und Nationalliberale stimmten dem brutalen Herrenstandpunkt der Regierung freudig zu! Aber auch der Freisinn hatte kein Wort des Protestes gegen die höhnische Abweisung und die Drohungen des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Als die Sozialdemokratie für die Staatsarbeiter das unüberäußerliche, verfassungsmäßig zugestandene Recht der freien politischen Betätigung forderte, stellten sich Konservative und Nationalliberale wiederum begeistert auf die Seite der brutal abweisenden Regierung! Aber auch der Freisinn fand es durchaus in der Ordnung, daß die Staatsarbeiter ihrer politischen Rechte beraubt werden!

Aber nicht nur gegen die Interessen der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter sündigten in rücksichtslosester Weise die drei genannten Parteien. Als der Legitimationskarten-Zwang für ausländische Arbeiter eingeführt wurde, durch den diesen Arbeitern das Koalitionsrecht geraubt werden sollte, stimmten nicht nur Konservative und Nationalliberale dieser Maßregel zu, durch die die ausländischen Arbeiter zu einer willenlosen, allen Polizeischikanen preisgegebenen Horde von Lohndrängern herabgesetzt werden sollten, sondern auch der Redner der freisinnigen Volkspartei, der Abgeordnete Goldschmidt!

Aber nicht nur für die Arbeiter tritt die Sozialdemokratie ein, sondern auch für den

Mittelstand, für die kleinen Geschäftsleute, die kleinen Beamten.

So forderte sie in der letzten Session des preussischen Abgeordnetenhauses, daß die Zuschläge zur Einkommensteuer, welche die Regierung forderte, die kleineren und mittleren Einkommen vollständig freilassen sollten, wofür man die höheren Einkommen so entschieden heranziehen sollte. Aber trotzdem nach Ausweis der amtlichen Statistik die Einkommen und die Vermögen der Reichen sich kolossal vermehrt haben, stimmten Konservative und Nationalliberale dafür, daß die Zuschläge zur Einkommensteuer auch bei den proletarischen und Mittelstandseinkommen erhöht wurden, was nicht einmal die Regierung verlangt hatte! Ja es geschah sogar das Unglaubliche, daß der Freisinn in der Kommission sich mit dieser

neuen Steuerbelastung der Arbeiter- und Mittelstandseinkommen

einverstanden erklärte! Ebenso wurde der kleinere Mittelstand von den bürgerlichen Parteien durch eine Erhöhung der Mietssteuer und eine ganze Reihe anderer Stempelsteuern belastet!

Besonders für die Beamten trat die Sozialdemokratie energisch ein. Leider hatte sie auch hier den Widerstand aller bürgerlichen Parteien gegen sich. Die Anträge, welche die sozialdemokratische Partei für 105 000 Unterbeamte gestellt hatte, wurden nicht nur außer vom Zentrum von den Konservativen und Nationalliberalen, sondern auch von dem Freisinn niedergestimmt! Keine einzige Partei außer der Sozialdemokratie trat bis zum letzten Augenblick mit aller Entschiedenheit für ein Mindestgehalt von 1200 M. für die untersten Beamtenstufen ein!

Getreu ihrem Programm forderte die Sozialdemokratie auch für die Beamten vollste Koalitionsfreiheit und uneingeschränkte staatsbürgerliche Rechte! Namentlich ein freies Wahlrecht. Aber auch hiermit stand die Sozialdemokratie völlig isoliert. Auch der Freisinn ließ die Beamten schmachlich im Stich!

Die Sozialdemokratie fordert eine freie, von der Kirche unabhängige Schule.

Konservative und Nationalliberale sind dagegen Anhänger der Schulverfassung, der Bevormundung der Lehrer und des Lehrplans durch die Kirche. Aber auch der Freisinn wendete sich in der letzten Session gegen die Ausschaltung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan! So hat auch der Freisinn, der sich doch so gern als „Kulturkämpfer“ gebärdet, und für die geistige Freiheit der Nation gegen die geistigen Unterdrückungsgelüste des Klerikalismus einzutreten vorgibt, auch diesen Punkt seines Programms schwachvoll preisgegeben! Allein die Sozialdemokratie hat auch auf dem Gebiete der geistigen Kultur, auf dem Gebiete des Volksschulwesens wie des höheren Schulwesens mit allem Nachdruck freiheitliche und moderne Ideen vertreten!

Wie wenig der Freisinn von einer Trennung von Kirche und Staat wissen will — daß Konservative und Nationalliberale sich der Staatskirche natürlich mit Vergnügen zur geistigen Niederhaltung der Volksmassen bedienen, versteht sich ja von selbst — beweist das Eintreten des Freisinns für die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen und Schaffung neuer Pfarrstellen! Statt, wie es die liberalen Prinzipien gebieten, für die Entstaatlung der Kirche einzutreten, waren nicht nur Konservative und Nationalliberale, sondern auch der Freisinn bereit, zu den 35 Millionen, die schon jetzt die Kirche vom preussischen Staat bezieht, noch weitere 13 1/2 Millionen für protestantische und katholische Geistliche und neu zu schaffende geistliche Stellen zu bewilligen! Derselbe Freisinn, der die Erhöhung der Unterbeamtengehälter wegen Geldmangels abgelehnt hatte,

bewilligte für jeden einzelnen Geistlichen eine Gehaltserhöhung von jährlich 1000 M.!

Die sozialdemokratische Partei verlangt eine sparsame und vernünftige Finanzwirtschaft. Der Freisinn warf nicht nur gemeinsam mit Konservativen und Nationalliberalen das Geld duzendmillionenweise zum Fenster hinaus, um die „notleidende“ Geistlichkeit statt der Unterbeamten besser zu stellen, sondern er trieb auch sonst gemeinsam mit diesen beiden reaktionären Parteien eine skandalöse finanzielle Lotterwirtschaft. Trotdem angeblich überall das Geld fehlte, erklärte sich der Abgeordnete Fischbein, der Führer der freisinnigen Volkspartei, für die Aufrechterhaltung des Jagdprivilegs der Oberförster in den Staatsforsten, durch das selbst nach der Einschätzung eines sachverständigen wildkonservativen Abgeordneten dem Staate eine Einnahme von mindestens zehn Millionen Mark jährlich entzogen werde!

Daß der Freisinn nicht gleich der Sozialdemokratie die Beseitigung der preussischen Gesandtschaften an den deutschen Höfen forderte, durch die wenigstens 500 000 Mark gespart werden könnten, versteht sich bei den höfischen Manieren des Freisinns von selbst. Daß der Freisinn aber mit den Konservativen und Nationalliberalen zusammen auch die Hunderttausende für den Geheimfonds der politischen Polizei bewilligte, durch den die

schamloseste Lockspigelei

gezüchtet wird, verdient besonders gebrandmarkt zu werden!

Um die ganze schmachvolle preussische Wirtschaft zu beseitigen und die Interessen der Mehrheit des Volkes, der Arbeiter, des Mittelstandes in Stadt und Land, der unteren und mittleren Beamten, kurz aller Schichten des ehrlich arbeitenden Volkes zu vertreten, fordert die Sozialdemokratie die Ersetzung des schmachvollen Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine direkte gleiche und geheime Wahlrecht für beide Geschlechter.

Konservative und Nationalliberale wollen von einem solchen Wahlrecht natürlich nichts wissen, weil sie gerade befürchten, daß der Wille der Mehrheit des Volkes ihre Volksausplünderungs- und Volkstnebelungsgelüste durchkreuzen könnte. Aber auch der Freisinn hat bisher nicht das geringste getan, um das Privilegienwahlrecht des Geldsacks ernstlich zu bekämpfen!

Trotdem fürst Bülow im Januar 1908 den freisinnigen Wahlrechtsantrag mit einer dreisten Kriegserklärung an das allgemeine gleiche, ja selbst an das geheime Wahlrecht beantwortete, blieb der

Freisinn der getreue Handlanger des agrarischen Blocks!

Aber mehr noch, bei den Neuwahlen ging der Freisinn nicht etwa trotz des Angebotes der Waffenbrüderschaft mit der Sozialdemokratie zusammen, sondern er verbündete sich mit den

Brotwucherern, Steuerausplünderern und Wahlrechtsgegnern, um möglichst viel Wahlrechtsfeinde in den Landtag hineinzuwählen und möglichst wenig aufrichtige Wahlrechtskämpfer, nämlich Sozialdemokraten, in den Landtag gelangen zu lassen.

Der skurrile Gewaltstreich des Freisinns bei der Ungültigkeitserklärung der vier sozialdemokratischen Berliner Mandate vollendete das niederträchtige Werk des verlogenen Freisinns!

Sachsen, Baden und Thüringen haben in den letzten Tagen der Reaktion vernichtende Schläge versetzt. Jetzt ist die „Hauptstadt der Intelligenz“, ist Berlin an der Reihe! Da darf es nur eine Parole geben:

Nieder mit der offenen und verkappten Reaktion! Nieder mit den Konservativen und Nationalliberalen! Nieder mit dem Bundesgenossen der Reaktion, dem Freisinn!

Wiederwahl der vier Sozialdemokraten!

Zum Wahlkampf.

Er ist auf den Kriegerverein gekommen!

Der freisinnige Wahlausfall des 12. Berliner Landtagswahlkreises hat in letzter Stunde einen „genialen“ Einfall gehabt. Um dem guten Dr. Runge ganz sicher zu einem glänzenden Durchfall zu verhelfen, teilt ein Herr Schumacher im Auftrage jenes Ausschusses aller Welt brieflich mit, daß „unser“ Runge schon um bedürftigen gewählt werden muß, weil er — Veteran und Ehrenmitglied des Noabiter — Kriegervereins ist!

Also: weil Runge „Ehrenmitglied“ einer Organisation ist, deren Mitglieder durch Vereinsstatut zur Mäßigkeit und zum Zurückhaltendsten verpflichtet sind, darum soll ihn der Noabiter Freisinn für den geeigneten Vertreter des Wahlkreises halten! Das ist der Gipfel der Naivität, und die Berliner Wählerschaft mühte vor Scham in die Erde zu sinken, wenn es wirklich gelänge, einen Abgeordneten von Kriegervereins Gnaden als Vertreter der Haupt- und Residenzstadt ins preussische Abgeordnetenhaus zu schmeißen. Aber wir sind ohne Sorge: die Blamage wird Noabit sich nicht aufhalten lassen.

Nationalmiserables.

Die Nationalliberalen im 12. Berliner Landtagswahlkreis verzweifeln an sich selber. In einem Birkular, das sie in alle Welt sandten, betiteln sie um „entsprechende“ Geldbeiträge, damit sie bei der Wahl doch „mindestens einen starken Achtungserfolg“ erringen. Eine Postanweisung zur gest. Verwendung packten sie gleich bei. Ob die vorhandenen Geldbriefträger ausreichen, um die einlaufenden Anweisungen zu bestellen, oder ob Herr Kraetke in Anbetracht seiner bekannten Loyalität gegenüber den Nationalliberalen für Hilfskräfte gesorgt hat, wissen wir nicht. Jedenfalls ist zu hoffen, daß die eingehenden Gelder wenigstens zu einem anständigen Reichenstein ausreichen. Denn es wäre doch schade, wenn das Häuflein nationalliberaler Noabiter ganz ohne Sang und Klang vercharrt werden müßte.

Die Maschinengewehre auf dem Mansfelder Kampfplatz.

Im Mansfeldischen, wo die reichstreuen Bergknappen sich das ihnen verweigerte Koalitionsrecht erkämpfen wollen, hat man Militär gegen sie aufgebotsen. Die Meldung, daß man auch Maschinengewehre aufgeführt, erschien selbst bürgerlichen Goldschreibern zwar nicht so schmachvoll für unsere Verhältnisse, aber politisch derart aufreizend, daß sie die Meldung verbreiteten, die Schnellfeuergeschütze wären wieder abgefahren worden. Sie sind es nicht. Aber wenn sie es selbst wären: Diese Maschinengewehre vor den Toren der Kupferhammerhütte in Mansfeld sind dem Kampferseiner der Sozialdemokratie einverleibt für alle Zeiten! Wo noch „reichstreue“ Arbeiter leben, die nicht begreifen wollen, daß der moderne Staat nichts weiter ist als der Nachwächter der Besitzenden, da wird man's ihnen an den Mansfelder Geschützen demonstrieren. So geht diese Bewegung, abgesehen von ihrem äußeren Umfange — umfaßt sie doch beinahe 10 000 Mann — weit über den Charakter eines örtlichen Wirtschaftskampfes hinaus. Uebrigens hat man nicht allein die Maschinengewehre nicht abgefahren, sondern weitere staatliche Machtmittel entfaltet und schwere Kavallerie herangezogen.

Zwei Bataillone, einer Kompanie Infanterie und einer Kompanie der Maschinengewehrabteilung sind am 24. d. M. morgens auch noch mehrere Eskadronen Kürassiere eingetroffen, denen anscheinend die Aufgabe obliegt, etwas Leben in das sonst so ruhige Streitgebiet zu bringen. Das Militär zieht bei jedem Schichtwechsel — wohl um die Notwendigkeit seiner Anwesenheit zu demonstrieren — in starken Abteilungen, meistens unter der Führung eines Offiziers, durch die leeren Straßen vor die Hütten- und Schachtlöcher und unter dem Schutz der Kleinkalibrigen schleichen die reichstreuen Streikbrecher durch die Werkstöße; niemand „berührt“ sie mehr. Tagesüber gehen fortwährend Militärpatrouillen durch die Straßen der Ortschaften und treiben die Leute fort. In Helbra, wo ein besonders „schneidiger“ Herr das Kommando zu führen scheint, duldet das Militär nicht einmal, daß Geschäftsleute vor ihrem Laden stehen oder Hauseigentümer sich vor ihrem Hause aufhalten; sie werden unachtsamlich ins Haus hineingerieben, und selbst Straßenbahnpassanten wurde das Warten auf die elektrische Straßenbahn untersagt! Erst nach mehrfachen Beschwerden wurde allergnädigst gestattet, daß diejenigen, welche die Straßenbahn benutzen müssen, an den Haltestellen derselben stehen dürfen. So wird diesem ordnungsliebenden Publikum gezeigt, was in Preußen „Ordnung“ heißt und alles Beschimpfe nicht mehr. Man kann es in Bürgerkreisen nicht fassen, wie es auch nur möglich war, den so ruhigen und friedlichen Vergleuten Militär auf den Hals zu schicken, und daß die Regierung in diesem Kampf so einseitig, nur für Vogelssang, direkt gegen die Vergleuten eingegriffen hat.

Vor den Toren der Kupferhammerhütte stehen noch immer die zwei Maschinengewehre, beide in erhöhter Stellung, das eine mit der Mündung nach Heitfeld, das andere nach Kolmied, die zwei Straßen, die nach der Hütte führen, bestreichend. Sie zeigen den furchtbaren Ernst der Situation, und drohen Vernichtung allen, die es wagen, auch nur die Schornsteine des Herrn Vogelssang zu beleidigen! Am Sonnabend brachten 8 Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr von Biersleben nach Heitfeld einen Fuhrmann, der mit dem Streik nichts zu tun hat, aber irgendwie aufgefallen sein muß. 8 Soldaten, das Seitengewehr aufgepflanzt, um einen harmlosen Menschen von seinem Fuhrwerk abzuführen. Eine schreckliche „Insubordination“ muß in Eisenleben ein Dienstmädchen begangen haben, denn es wurde von 5 Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr abgeführt! Wie man sagt, soll das Mädchen das Militär „angehört“ haben, da dieses Vogelssang zu Hilfe gekommen sei, und nachdem sie für „verhaftet“ erklärt war und abgeführt wurde, hätte es weiter (so eine wirklich frohe Person!) über die Stärke des Militärs, so fünf bewaffnete Mann notwendig seien, ein schwaches Frauenzimmer zu verhaften! —

Der Streik nimmt natürlich gerade wegen des Militärs noch zu und befindet sich das ganze Revier, d. h. sämtliche Schächte, im Ausnahmezustand. Die Zahl der Ausständigen betrug am 23. d. M. rund 8000, dazu sind aber am 24. d. M. noch drei Hütten der Erzhütte in Leimbach hinzugekommen, denen man Streikarbeit aus der Kupferhammerhütte zu machen zumute. Die Höhe der Zahl ist noch nicht festgestellt, doch dürfte es sich ebenfalls um mehrere Hundert handeln. Außer den 8000, die sich bei der Streikleitung täglich melden, befinden sich eine große Anzahl außer Arbeit, die sich nicht melden, aber auch nicht zur Arbeit gehen. Es dürften sich an 9000 im Ausstände befinden.

Vor den Stichwahlen in Baden und Sachsen.

Großblockabkommen in Baden.

In Baden hat der Liberalismus getan, wozu ihn seine prekäre Lage gebieterisch drängte, er hat mit der Sozialdemokratie das Großblockabkommen getroffen. Es ist auf folgender Grundlage zustande gekommen:

Die Blockparteien stimmen für die Sozialdemokraten in den Kreisen:

Schaffheim-Schnonau, Freiburg II, Durlach-Land, Bruchsal-Land, Heidelberg-Land, Schwetzingen.

Die Sozialdemokratie stimmt für die Nationalliberalen in den Kreisen:

Mehlfisch-Stodach, Engen-Konstanz, Donaueschingen, Säckingen, Freiburg I, Freiburg III, Emmendingen, Baden-Stadt, Bretten-Bruchsal, Ettlingen, Rastbach, Bogberg-Adelsheim.

Die Sozialdemokratie stimmt für die Demokraten in den Kreisen:

Konstanz, Triberg-Wolfach, Lahr-Land, Offenburg, Rastatt, Bruchsal-Stadt.

Ausgelämpft wird der Kampf zwischen den Blockparteien und der Sozialdemokratie in den Kreisen:

Lörrach-Stadt, Lörrach-Land, Lahr-Stadt, Karlsruhe-Land, Karlsruhe II, Karlsruhe III, Pforzheim I, Mannheim IV, Heidelberg I, Heidelberg II, Heidelberg-Ubersbach.

Dieses Abkommen ist trotz des dringlichen Abmahns der badischen Regierung geschlossen worden. Die amtliche „Karlsruher Zeitung“ brachte kurz vor den entscheidenden Verhandlungen einen Artikel, der für die Stichwahlen dringlich eine antisozialdemokratische Koalition der bürgerlichen Parteien empfiehlt. Der Regierung ist offenbar das Wachstum der Sozialdemokratie arg in die Glieder gefahren. Ihr Organ suchte den Nationalliberalen die antisozialdemokratische Koalition schmackhaft zu machen durch die Verheißung, daß sie auch bei der Verbindung mit dem Zentrum auf die von einem Großblockabkommen erhoffte Vermehrung ihrer Mandate nicht zu verzichten brauchen. Diese Rechnung hatte jedoch das eine große Loch, daß die Nationalliberalen in weit mehr Stichwahlen gegen das Zentrum als gegen die Sozialdemokratie stehen. So haben sie denn auch die Bellemungen der Regierung unbeachtet gelassen und haben lieber ihren Vorteil an der Seite der Sozialdemokratie gesucht.

Wenn das Abkommen eingehalten wird, so würde die Sozialdemokratie mit den Liberalen sechs Stiche gewinnen, wozu dann noch jene kämen, die sie gegen die Liberalen zu erringen vermag.

Die Stimmen der Parteien in Baden.

Die Sozialdemokratie hat am 21. Oktober 80 835 Stimmen erzielt. Im Jahre 1905 stimmten 60 431 Wähler für dieselbe, so daß der Stimmenzuwachs 36 404 oder 70 Proz. beträgt.

Die bürgerlichen Parteien dagegen haben samt und sonders Stimmenverlust.

Das Zentrum hatte 1905 125 453 Stimmen; 1909 konnte es nur noch 90 840 zählen. Allerdings ist ein Teil der Konservativen, der bündlerischen und der mittelständlerischen Stimmen — insgesamt 30 278 — auf sein Konto zu setzen; immerhin beträgt der ungefähre Verlust noch 15 000 Stimmen.

Der liberale Block zählte 1905 105 929 Stimmen; diesmal marschierten Nationalliberale, Freisinnige, Demokraten und Nationalsozialisten fast durcheinander getrennt mit dem „Erfolge“, daß auf die Nationalliberalen 75 194, auf die Demokraten 15 556, auf die Freisinnigen 4510 und auf die Nationalsozialisten 694 Stimmen entfielen; das sind zusammen 96 244, also ein Verlust von von rund 10 000 Stimmen. Dabei kommt den Liberalen noch zugute, daß die Separierung eine größere Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen zur Folge hatte.

Stichwahlparolen in Sachsen.

Eine Konferenz der Sozialdemokratie zu Dresden traf am Sonnabend die letzten Vorbereitungen zu den Stichwahlen. Eine besondere allgemeine Stichwahlparole auszugeben war unnötig, da unsere Partei nur in zwei Wahlkreisen den Ausschlag gibt. Der eine ist der 1. städtische Wahlkreis Zittau-Löbau. Den dortigen Genossen wird empfohlen, für den Freisinnigen gegen den Nationalliberalen zu stimmen. In dem anderen Kreise, dem 13. ländlichen (Altenberg-Dippoldiswalde-Land), steht der Vorsitzende des Bundes der Landwirte in Sachsen, der Dekonomierat Andra, mit einem Nationalliberalen zur Stichwahl. Den Genossen dieses Kreises wird empfohlen, die Wahl des bisherigen Abgeordneten Andra, eines der schlimmsten Feinde des wertvollen Volkes, zu verhindern.

Die Konservativen, die am Freitag in Dresden tagten, beschloßen natürlich überall dort, wo in Sachsen Sozialdemokraten in der Stichwahl stehen, für den bürgerlichen Kandidaten, auch für die linksliberalen, einzutreten. In der Erklärung heißt es:

„Daß über das Verhalten der Liberalen in den Kreisen unserer Parteifreunde die bittersten Klagen geführt werden, und daß überall im Lande tiefste Mißstimmung und Verbitterung herrscht, ist mehr wie begreiflich. Und dennoch! Wir dürfen solcher Verbitterung in unseren Reihen nicht ausschlaggebenden Einfluß gewähren! Und dennoch müssen wir, wenn es uns auch hart und schwer angehen mag, bei den bevorstehenden Stichwahlen überall dort, wo Sozialdemokraten Gegner, Mann für Mann eintreten für die bürgerlichen Kandidaten.“

Der Nationalliberale Landesverein hat die nationalliberalen Wähler aufgefordert, die bürgerlichen Kandidaten gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen.

Die Freisinnige Volkspartei dagegen drückt sich nach altbewährter schäbiger Tradition um jede Stellungnahme herum.

Die Stimmen der Parteien in Sachsen.

Nach einer vorläufigen Zusammenstellung entfallen von den 1 272 100 Stimmen, die am 21. Oktober abgegeben wurden, auf die einzelnen Parteien:

Sozialdemokraten	488 420 Stimmen
Nationalliberale	338 040
Konservative und Bund der Landwirte	315 150
Freisinnige	103 880
Reformer und Mittelstandsvereineigung	25 600
Insgesamt	1 272 100 Stimmen

In Dresden erhielt die Sozialdemokratie von Einstimmen-Wählern 10 138, von Zweistimmen-

Wählern 8233, von Dreistimmen-Wählern 2030 und von Vierstimmen-Wählern 1873 Stimmen. Einige Bezirke fehlten noch.

Die Sozialdemokratie steht in Stichwahl: 19mal mit Konservativen, 7mal mit Nationalliberalen und 7mal mit Freisinnigen.

Stimmen aus Sachsens Parteipresse zum Wahlausfall.

„Leipziger Volkszeitung“:

Die Hottentottenkreuze hat nicht lange gedauert. kaum zweieinhalb Jahre. Die niedergerissenen, niedergeborenen, niederbelebten Sozialdemokratie, sie steht heute kräftiger und prächtiger da, denn je. Die Gegner ziehen in regelloser Flucht zülig von dannen. Wir lieben es nicht, uns Illusionen zu machen und deshalb sprechen wir es ganz offen aus, daß unter den sozialdemokratischen Stimmen sehr viele sogenannte Mitläufer stehen. Viele „nationale“ Männer, selbst deutschnationale Handlungsgehilfen, Privatangestellte und selbstverständlich auch Beamte haben rot gewinkt. Das ist nicht eine Herabsetzung des Sieges, es beweist vielmehr, daß die Sozialdemokratie wiederum die Partei des allgemeinen Vertrauens geworden ist, daß sich die Wähler den Hottentottenkreuzen von den letzten Reichstagswahlen her gründlich aus den Augen gewischt haben, daß die nationale Phrase ausgespielt hat und die Kräfte des Reichsverbandes — Jakob, wo bist du? — nicht mehr ziehen. Aus diesen Tatsachen aber ergibt sich die erste Rechnung für die Partei, jetzt mit neuen Kräften und neuem Selbstvertrauen an die Arbeit zu gehen und die „Mitläufer“ soweit wie möglich in überzeugte Sozialdemokraten zu verwandeln. Denn nicht immer liegen die Verhältnisse so günstig für uns, nicht immer werden die Streichhölzer verteuert und die Erbschaftsteuer abgelehnt. Um es rund heraus zu sagen: durch diese für die sozialdemokratische Agitation so außerordentlich günstige Situation wurde der gemeindefähliche Charakter des Vierklassenwahlrechts verflüchtigt. Sein Ergebnis war diesmal ein viel oppositionelleres Resultat, als man in Zukunft unter normalen Verhältnissen von diesem Wahlrecht erwarten darf. Hier liegt eine Gefahr vor. Einmal wird dadurch die Beseitigung dieses Wahlrechtschreusals in Sachsen sehr erschwert und zweitens seine Einführung in anderen Bundesstaaten, in erster Linie in Preußen, sehr erleichtert. Man vergegenwärtige sich, daß gestern die erste Probe mit einem Pluralwahlrecht in Deutschland gemacht worden ist und daß diese Probe mit größter Aufmerksamkeit allenthalben verfolgt wird. Seine Einführung in Preußen beispielsweise könnte jetzt von der preussischen Reaktion den Liberalen viel plausibler gemacht werden, da man auf das Ergebnis in Sachsen hinoiseln kann. Und wir müßten unsere Liberalen schlecht kennen, wenn sie nicht diese Gelegenheit, gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht vorgehen zu können, mit Begeisterung ergreifen würden. Und dabei würde das Pluralwahlrecht im agrarischen Preußen noch etwas ganz anderes bedeuten, als im industriellen Sachsen. Hier ergibt sich die zweite Lehre des Wahlergebnisses für die Sozialdemokratie, nicht trotz, sondern gerade wegen des glänzenden Resultats mit aller Wucht gegen das Vierklassenwahlrecht loszugehen.

„Dresdener Volkszeitung“:

Die Sozialdemokratie ist die Siegerin des 21. Oktober. . . Wenn es erst möglich sein wird, die Zahlen der Wähler von der durch die Pluralstimmen verursachten Täuschung zu sondern, dann kann sich erst im ganzen Umfange zeigen, wie schwer die Niederlage der bürgerlichen Parteien, wie groß der Sieg der Sozialdemokratie ist. Denn, wahrlich, das Pluralstimmrecht hat für die bürgerlichen Parteien seine Schuldigkeit getan. . . Das Pluralwahlrecht hat den Zweck seiner Urheber insofern erfüllt, als es verhindert, daß der Zorn und der politische Urteilspruch des Volkes sich in die entsprechende parlamentarische Nachverteilung umsetzen kann. Andererseits ist nicht zu bezweifeln, daß gerade die Ungerechtigkeit des neuen Wahlsystems viele Wähler für die Sozialdemokratie zu Stimmen bekehrte. Auch das neue Unrecht rächt sich an seinen Urhebern, den bürgerlichen Parteien.

Neben den großen Wahlsiegen der Sozialdemokratie ist das wichtigste Kennzeichen des Wahlergebnisses der Zusammenbruch der konservativen Mehrheit im Landtage. Seit Jahrzehnten lastet das agrarisch-konservativ-junkerrische Regiment schwer auf dem industriellen, kommerziellen Lande Sachsen. Endlich wird dieser Mann einigermaßen gelockert. Die Partei der Rechner und Opier trägt in erster Linie die Kosten dieser Wahl. Anstatt ihrer einseitigen Mehrheitsherrschaft wird nun die neue sozialdemokratische Fraktion als einflussreicher Faktor und unter Umständen als das Jünglein an der parlamentarischen Wage erscheinen.

Ein bedeutsames Ergebnis der ersten Landtagswahl unter dem Pluralwahlrecht ist der Reifsein der Mittelstandsvereineigung. Mit den übertriebenen Hoffnungen ist diese reaktionäre Clique in den Wahlkampf gezogen. Sie träumte davon, den Landtag mit den Konservativen zusammen beherrschen und die geplante wirtschaftliche Vereinigung zur maßgebenden Fraktion machen zu können. Der Generalsekretär der sächsischen Mittelständler, Jährenbach, sprach mehrfach davon, daß sein rückständiges Gefolge bei den Wahlen ganz Sachsen beherrschen und die Mittelstandsvereineiger den sächsischen Wählern bei den Wahlen dieselbe Ueberwältigung bereiten würden wie die Antisemiten 1893. So überschäumliche Hoffnungen, so große Risiken, und ein so trügerischer Reifsein. Das ist keine Niederlage, das ist eine Riesenschlange und eine Katastrophe für die Mittelstandsvereineigung zugleich. Das ist aber um so schmachvoller, weil das Pluralwahlrecht den Mittelständlern äußerst günstig war, denn es bevorzugte ja Junkler und Hausbesitzer bei der Verteilung der Zuschlagsstimmen ganz besonders. . .

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Oktober 1909.

Gegen den Arbeitsnachweis des Zechenverbandes

fanden im ganzen Ruhrgebiet am Sonntag gemeinsame Protestversammlungen des Bergarbeiterverbandes und der christlichen Bergarbeiter statt. In den Beschlüssen der Versammlungen wurde darauf hingewiesen, daß ernstliche Konflikte unvermeidlich seien, wenn der Zechenverband nicht von der Errichtung des Arbeitsnachweises Abstand nehme. Von der Regierung wird verlangt, daß sie die Forderungen der Bergarbeiter unterstützt und für die Einführung von Tarifverträgen im Bergbau eintritt.

Das Fiasko des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Die bürgerlichen Parteien, besonders die Konservativen, haben bei den letzten Wahlen schlecht abgeschnitten — trotz der energischen Unterstützung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der wieder mit genau den gleichen niederträchtigen Mitteln der Verleumdung kämpfte wie bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen. Dieses Fiasko der Wahlagitator des Reichsverbandes ist natürlich den Herren im Vorstand recht unangenehm, könnten doch die Gönner und Geldgeber des Reichsverbandes daraus die Folgerung ziehen, daß es keinen Zweck hat, dem Verbands fernherhin blaue und braune Scheine einzuschicken. Um deshalb die Nützlichkeit des Reichsverbandes zu erweitern und den lästigen Eindruck seines völligen Versagens abzuwischen, haben seine leitenden Größen einen „Aufruf an die bürgerlichen Parteien“ angefertigt, in dem die staatsbehaltenden Parteien dringend ermahnt werden, sich nicht mehr wegen der Reichsfinanzreform zu befähigen, sondern gegen die Sozialdemokraten zusammenzustehen. So heißt es in der komischen Stilübung:

Der Streit um die Art der Lösung der Finanzreform durchgittert noch heute die weitesten Schichten des deutschen Volkes. Die scharfe Fehde innerhalb der bürgerlichen Parteien muß jedoch beendet werden, wenn nicht die ganze nationale Arbeit leiden, wenn nicht als lahende Dritte die Sozialdemokratie, der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft, aus dieser Verklüftung dauernden Gewinn ziehen soll.

Die letzten Erntewahlen zum Reichstag und verschiedene Landtagswahlen haben gezeigt, wie infolge der bürgerlichen Uneinigkeit die Saat der sozialdemokratischen Verheerung üppiger emporschießt denn je, wie wieder eine Reichsverbrossenheit Platz zu greifen droht, die man schon überwunden glaubte. Daß dieser Zustand eine Aenderung erfährt, ist die Sehnsucht und Hoffnung aller Patrioten. Nicht rückwärtiger Schritt, sondern zielbewußter Arbeit an den großen nationalen Aufgaben muß künftig das Streben aller staatsbehaltenden Parteien und des gesamten deutschen Bürgertums gewidmet sein.

Der Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie richtet daher an alle seine Mitglieder und Organisationen den dringenden Ruf zur Versöhnung im Streite der Parteien, zur treuen Mitarbeit an dem Werke der Verständigung. Jeder wolle an seinem Heil und der Beruhigung und Versöhnung!

Unterzeichnet ist die künftliche Ermahnung vom gesamten Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, zu dem zurzeit folgende vaterländische Geistesgrößen gehören:

v. Arnim, Kammerherr und Hauptgeschäftsdirektor, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bisdom. Graf v. Arnim, Legationsrat a. D., Mitglied des Herrenhauses, Kuslau. Dr. Boenkens (Hauptgeschäftsführer), Schöneberg. v. Dirksen, kaiserlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Grödenberg. Burggraf zu Dohna, Landrat a. D., Schlachtensee. Hagemann, Landgerichtsrat, Mitglied des Reichstages (2. Vorsitzender), Erfurt. Hirsch, Sanitätsrat, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Essen (Ruhr). v. Liebert, Generalleutnant z. D., Mitglied des Reichstages (1. Vorsitzender), Berlin. Dr. Lange, Herausgeber der „Deutschen Zeitung“, Berlin. Dr. Regula, Rechtsanwalt und Notar, Harburg a. S. Kaefer, Landrat a. D., Berlin. Vorst, Geheimrat Kommerzienrat, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Köln. Wandel, Geheimrat, München.

Staatssekretär Dr. Nieberding.

Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ beabsichtigt der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding mit Rücksicht auf sein vorgeschicktes Alter in den Ruhestand zu treten. Dr. Nieberding steht im 72. Lebensjahre.

Im Jahre 1866 wurde er ins Handelsministerium berufen. Ungefähr um diese Zeit gab er sein Duca über preussisches Wasserrecht heraus. Im Jahre 1872 trat er in den Reichsdienst über und war in den ersten Jahren im Reichsfinanzamt, seit 1879 im Reichsamt des Innern beschäftigt. Bei den Beratungen der Gewerbeordnung in den 70er Jahren war er wiederholt Kommissar des Bundesrates. Im Jahre 1893 übernahm er das Reichsjustizamt.

Nieberdings Wirken war weder ein schöpferisches noch ein fortschrittliches. Er war Bureaukrat vom Scheitel bis zur Sohle. Bei der Auswahl einiger Kommissare, so bei der zur Ausarbeitung des Handelsgesetzbuches, hatte er eine glückliche Hand. Biewohl persönlich außerordentlich arbeitsam, war er außer Stande, selbständige größere Gesichtspunkte in irgendein Gesetz hineinzubringen. Als Bureaukrat tat er seine Pflicht und vertrat mit äußerster Treue die Interessen, deren Vertretung ihm aufgetragen war. Auch den reaktionärsten Plänen diente er, so der Umsturzvorlage und der Lex Heinze. Als die Vorarbeiten zum Bürgerlichen Gesetzbuch beim Antritt seines Amtes so weit gediehen waren, daß die parlamentarische Erzielung dieses Werkes erfolgen mußte, war er es, der sich einem freiergeleiteten Ausbau dieses Gesetzbuches, insbesondere beim Vereinsrecht, entgegenstellte und die außerordentlich vielen reaktionären Vorbehalte im Einführungsgesetz zu dem Bürgerlichen Gesetzbuch — wir erinnern an das Gesetzbuch — mitverschuldete. Auch bei den Ergänzungsgesetzen, die zum Bürgerlichen Gesetzbuch und in prozessualer Beziehung ergingen, war es sein Hauptbestreben, möglichst wenig Neues zu schaffen. Für die Rechtspflege galt ihm nicht der Grundsatz, daß das Recht siegen müsse, sondern daß die Rechtspflege im alten Jertum beharren möge, wenn sie nur möglichst wenig koste. Der Beamte hatte für ihn immer recht, insbesondere, wenn dieser sich dem Interesse der herrschenden Klasse mit Leib und Seele verschrieben hatte. Als letztes reaktionäres Nachwerk, das Nieberding dem Reichstag vorgelegt hat, ist der Entwurf zur Strafprozessordnung zu verzeichnen.

Sein schlechter kann sein Nachfolger nicht werden.

Die letzte Nummer der „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt die Meldung, daß der Kaiser das Dienstentlassungsgesuch Dr. Nieberdings angenommen und zugleich den Präsidenten des Kammergerichts, Wirklichen Geheimen Oberjustizrat Dr. Lisco, unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimrat mit dem Prädikat „Exzellenz“, zum Staatssekretär des Reichsjustizamts ernannt hat.

Die Dortmunder Stadtverwaltung gegen Schiller.

Die gesamte Kulturwelt rüft sich, am 19. November den 150. Geburtstag Friedrich Schillers zu feiern. Und die Arbeiterschaft nicht an letzter Stelle. Auch Dortmunds Arbeiterschaft hat eine große Feier geplant, die in Westfalens größtem Saale, im „Friedensbaum“, stattfinden soll. Der Bildungsausschuß der freien Gewerkschaften hatte das Arrangement getroffen. Die Feier versprach eine recht würdige zu werden, und eine ganze Anzahl der besten Kräfte des Dortmunder Stadttheaters hatte in entgegenkommendster Weise ihre Mitwirkung zugesagt. Auch der Direktor und der Oberregisseur des Schauspielers fanden der Sache sehr sympathisch gegenüber. Also dachte kein Mensch daran, daß sie hätte scheitern können. Und doch ist es geschehen: Dortmund ist um einen Skandal reicher! Die Mitwirkung ist den Künstlern des Stadttheaters von der künftlichen Theaterkommission verweigert worden. Die Theaterkommission hatte ihre Zustimmung zu geben, was selbst von der Theaterleitung lediglich als Formsache angesehen wurde. Die braven Herren dieser Kommission dachten aber anders, sie verweigerten die Zustimmung. In dem Schreiben an unfernen Genossen Haenisch, der im Auftrage der Bildungskommission die Verhandlungen geführt hatte, wird gesagt, daß Mitglieder der Theaterkommission zu Veranstaltungen von politischen Vereinen nicht herangezogen werden sollen. Der Bildungsausschuß der freien Gewerkschaften ist also ein politischer Verein, eine Schillerfeier eine politische Veranstaltung. Eine Entdeckung, die natürlich in Dortmund gemacht werden mußte, in der Stadt des Herrn Schmieding, wo Schwarzmacher blauer und schwarzer Couleur unbeschränkt das Feld beherrschen. Dummheit ist es gewiß nicht, was die Herren zu ihrem Verbot veranlaßt hat, sondern wünder Arbeiterhaß. Wie können die Arbeiter sich anmaßen, sich bilden zu wollen, die Arbeiter, die doch nur dazu da sind, sich ausbeuten zu lassen und den Grundbesitzern und Schloßbaronen Profite zu schaffen! Was haben die Arbeiter mit Schiller zu tun! So denkt die Bourgeoisie, so denken die Klaffengenossen des nationalliberalen Oberbürgermeisters Schmieding und des Zentrumsführers Reusing.

Es paßt zu diesem Stücke, daß die Theaterkommission sich gleichfalls weigert, dem Gewerkschaftsrat das Stadttheater zur Veranstaltung einiger Vorstellungen zu billigen Preise zu überlassen, weil das Theater nur der Allgemeinheit und nicht einzelnen Körperchaften dienen solle...!!

Ein Versammlungsverbot in Hamburg.

Hamburg, 25. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) Die Polizei verbietet eine unter freiem Himmel geplante Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins des zweiten Wahlkreises, weil „unter den obwaltenden Umständen“ eine große Anzahl Menschen unter freiem Himmel eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bilden.

Die Tagesordnung dieser gefährlichen Versammlung hatte lauten sollen: 1. Die indirekten Steuern. 2. Der Justizmord an Francesco Ferrer in Spanien.

Eine Kundendemonstration gegen das Zentrum.

Auch in Dortmund sucht sich jetzt das Zentrum vor seinen Anhängern zu „rechtfertigen“ wegen des Volksverrats bei der Steuerreform. Dabei hat es einen harten Stand, wenn es, wie es bei zwei großen Versammlungen geschehen ist, die in Castrop und im „Friedensbaum“ bei Schwerte stattfanden, freie Diskussion gewähren muß. Beide Versammlungen gestalteten sich zu schweren Niederlagen für das Zentrum. Jetzt endlich sollte auch in der Stadt Dortmund selbst eine große Zentrumspatrouille abgehalten werden und zwar in dem großen Saaleam „Friedensbaum“. Die Anfrage der Sozialdemokratie, ob freie Diskussion stattfinden werde, wurde ausweichend beantwortet, schließlich hieß es, man werde erst in der Versammlung beschließen, wenn man gesehen habe, wie sich die Sozialdemokratie verhalte. Darauf beschloß die Sozialdemokratie eine Kundendemonstration. Sie konnte erst am Sonntagabend bekanntgemacht werden. Trotzdem zogen am Sonntag schon zeitig die Massen zu vielen Tausenden zur Funkenburg, in deren Garten und Wiesen die Versammlung tagte. Die Zahl der Teilnehmer wurde auf 10 000 bis 12 000 geschätzt.

Von zwei Tribünen wurde zu gleicher Zeit gesprochen. Das Thema lautete: „Der Justizmord des spanischen Klerus an Francesco Ferrer und die Haltung des deutschen Zentrums.“ Von der Sozialdemokratie sprachen die Genossen König-Dortmund und Reichstagsabg. Bömelburg, von der demokratischen Vereinigung und dem rheinisch-westfälischen Freidenkerverband, die sich an der Veranstaltung beteiligt hatten, Herr Dr. Breitscheid-Berlin und Genosse Aug. Schulte-Köln. In der schärfsten Weise gingen alle vier Redner mit dem internationalen Klerikalismus ins Gericht, der in Deutschland nicht weniger volks- und kulturfeindlich ist wie in Spanien. In eingehender Weise wurde auch der Volksverrat des Zentrums bei der Finanzreform behandelt. Die Befreiung der Schule aus den Fesseln der Kirche wurde gefordert und als dringendste Forderung die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen betont. Alle Redner ernteten stürmischen Beifall. Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Das Gesellschaftskapital im bayerischen Einkommensteuergesetz.

München, 22. Oktober. Die Liberalen, die Vertreter des Kapitals, machten heute die größten Anstrengungen, um die Besteuerung der Erwerbsgesellschaften möglichst günstig zu gestalten. Es wurde von einem Redner sogar schäutern angedeutet, daß es eigentlich eine ungerechte Doppelbesteuerung sei, wenn die Erträge sowohl bei den Gesellschaften als den Gesellschaftern besteuert würden.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses dürfen die Erwerbsgesellschaften an dem steuerbaren Reinertrage 2 Proz. des eingezahlten Kapitals in Abzug bringen. Der Abzug darf aber nicht mehr als 25 Proz. des Reinertrages ausmachen. Die Liberalen stellten nun die Anträge, die 2 Proz. auf 1 1/2 Proz. und die 25 Proz. auf 50 Proz. zu erhöhen. Letzterer Antrag fand bei den anderen Parteien Gegenliebe und Annahme, weil er vornehmlich den schlecht rentierenden Gesellschaften zugute kommt. Der erste aber wurde sowohl von rechts wie links bekämpft und abgelehnt. Genosse Dr. v. Haller konnte an einigen Beispielen aus der Praxis schlagend nachweisen, daß dieser Antrag gerade den größten und bestrentierenden Erwerbsgesellschaften zu gute käme. Diese aber in der vorgeschlagenen Weise steuerlich zu begünstigen, läge für die Sozialdemokraten nicht die geringste Veranlassung vor.

Die Liberalen hatten dann weiter den Antrag gestellt, daß die Einkünfte aus den Gewerbebetrieben der Gesellschaften mit beschränkter Haftung nur mit der Hälfte des Betrages zur Steuer herangezogen werden sollen, d. h. daß die Gesellschaften nicht den vollen, sondern nur den halben Betrag der Dividende in ihrem Einkommen zu versteuern hätten. Der liberale Redner begründete den Antrag damit, daß die G. m. b. H. als Gesellschaftsform einen ganz anderen Charakter trage als die Aktiengesellschaft. Bei letzterer sei das Verhältnis der Aktionäre zur Gesellschaft nur ein sehr loses. Bei der ersteren dagegen sei der Gesellschaftler sehr eng mit dem Unternehmen verbunden. Meist seien sie Leiter und Mitarbeiter im Betrieb.

Genosse Dr. v. Haller führt dagegen aus, daß die G. m. b. H. ihren ursprünglichen Charakter ganz gründlich geändert haben. Es gäbe jetzt G. m. b. H., die größere Kapitalassoziationen darstellten als die Aktiengesellschaften. Eine steuerliche Begünstigung der G. m. b. H. gegen andere Erwerbsgesellschaften hätte zweifellos zur Folge, daß die G. m. b. H. als Gesellschaftsform noch mehr bevorzugt würde als heute und so dem Staate große Steuersummen verloren gingen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Liberalen abgelehnt. Während der Sitzung waren Telegramme mit den Wahlergebnissen aus Sachsen und Baden eingetroffen. Sie erzeugten Schreck bei den Liberalen, Bestärkung beim Zentrum und gehobene Stimmung bei den Sozialdemokraten.

Ein Journalistenkonflikt in München.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ berichten, ereignete sich in der bayerischen Kammer ein Zwischenfall, der an den Konflikt des Abgeordneten Gröber mit der Journalistentribüne des Reichstages erinnert.

In der Freitagssitzung der Kammer der Abgeordneten erhob der Abg. Dr. Heim (vom Zentrum) mitten in seiner Rede schwere Vorwürfe gegen die Berichterstattung der Journalistentribüne über die Beratung der Steuerreform. Den Anlaß hatte eine Kritik gegeben, die Person und Politik des Abg. Dr. Heim in einem Münchener Blatte anlässlich der Debatte über den Abzug der Versicherungprämien bei der Steuererhebung erfahren hatten. Abg. Dr. Heim bezichtigte die gesamte Journalistentribüne der sachlichen Unkenntnis der Materie und beschuldigte sie der Fälschung der Abstimmungsergebnisse.

Welche Maßnahmen die Journalistentribüne zur Abwehr der erhobenen Vorwürfe zu treffen gedenkt, ist noch nicht entschieden.

Italien.

Reisepolitik.

Der Zarenbesuch in Italien ist vorüber — zur großen Erleichterung aller jener, die an der Sicherheit des Zaren ein Interesse haben. Vielleicht noch nie sind zum Schutze eines Menschen solche Maßregeln notwendig gewesen, als sie der reisende Zar verlangt, in dessen Gefolge der Schwärze Harting eine der wichtigsten Per-

sonen ist. Ganze Armeekorps müssen mobilisiert werden, um das Leben dieses Massenmörders gegen den Haß zu sichern, den seine Taten ihm überall gewekt haben. Wie geringe Bedeutung immer sonst dieser Monarchreise zukommen mag, der kolossale Apparat von Schutzmaßregeln ist sicherlich die stärkste Demonstration des Abscheus und der Verachtung, der das System des Jarezismus angefallen ist.

Aber freilich, diese Verachtung ist bestimmend nur für die Politik des Proletariats. Die Bourgeoisie kümmert sich nicht um solche „Gefühlpolitik“, die nichts einbringt. Dieselbe italienische Bourgeoisie, die soeben noch gegen Alfons XIII. in der lautesten Weise protestiert hat, bereitet Nikolaus II., dem viel schlimmeren Bürger seines Volkes, einen begeisterten Empfang und kann sich nicht genug entrüsten über die sozialistischen Protestkundgebungen. Von Rußland erwartet eben die italienische Bourgeoisie eine Förderung ihrer Expansionsbestrebungen auf dem Balkan, während das arme Spanien nichts dergleichen zu bieten hatte.

Aber der Jubelausbruch, mit dem die italienische bürgerliche Presse den Zaren begrüßt, ist zwar bezeichnend für die Verlässlichkeit bürgerlicher Freiheitsbegeisterung, kann aber im übrigen nicht darüber täuschen, daß diese Reise an den bestehenden internationalen Machtverhältnissen sehr wenig ändert. Die Reise des Zaren und seine Aufnahme in Italien sind eine deutliche Demonstration gegen die von Deutschland unterstützte Balkanpolitik Oesterreichs. Daß diese Demonstration von dem sozialsten verbündeten Italien ausgeht, ist zwar für die Festigkeit des Dreibunds charakteristisch, aber durchaus nicht Neues. Allein diese Demonstration wird solange bloße Demonstration bleiben, so lange hinter ihr keine russische Armee steht, die diesen Namen verdient. Und bis dahin hat es gute Wege. Die Armeen, die die Japaner und die Revolution zerschmettert haben, wird der verfaulte und korrupte Absolutismus nicht neu zu schaffen vermögen. Und so wird auch der russische Despotismus trotz aller Sympathien der westeuropäischen Bourgeoisie wohl noch Frieden halten müssen. Die Tage von Kacconigi sind vorbei und damit sind auch die Worte von dem herrlichen Einvernehmen und der wachsenden Annäherung verweht, die der blutige Zar von den Vertretern des einst freheitsliebenden Italiens zu hören bekam.

Proteststreik in Venedig.

Venedig, 25. Oktober. Heute ist hier wegen des Zarenbesuches der Generalstreik proklamiert worden. Die wichtigsten Punkte der Stadt wurden von Truppen besetzt. Die sozialdemokratische Bewegung findet wenig Anklang.

Spanien.

Der Ferrer-Prozess.

Madrid, 24. Oktober. Die Mitteilungen, die der Ministerpräsident über den Ferrer-Prozess in Aussicht gestellt hatte, sind heute in Form einer Broschüre veröffentlicht worden. Die Broschüre gibt außer dem Inhalt der Prozeduren auch die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches wieder, die für den Ferrer-Prozess in Betracht kamen, und stellt diesen Paragraphen die Paragrafen gegenüber, die einem Angeklagten im ordentlichen Gerichtsverfahren zugute kommen.

Einschränkung der Kriegsführung.

Madrid, 24. Oktober. Nach einer Meldung des „Imparcial“ soll der Ministerrat beschlossen haben, im Risikogebiet nicht weiter vorzudringen, sondern nur die bisher besetzten Stellungen zu befestigen.

Gegen das klerikale Regime.

Bilbao, 24. Oktober. Heute fand hier eine gegen die kirchliche Partei gerichtete Kundgebung statt, an welcher etwa 10 000 Personen teilnahmen. Vor dem Hause des Zivilgouverneurs stiegen die Manifestanten Protestrufe gegen das frühere Ministerium aus. Ein erneuter Zwischenfall ist nicht vorgekommen. Zahlreiche Truppen waren zum Schutze der kirchlichen Gebäude aufgestellt.

Rußland.

Gegen der Verfassungsbruch.

Petersburg, 25. Oktober. Die Sozialdemokraten haben in der Reichsduma eine Interpellation an den Ministerpräsidenten eingebracht wegen Verletzung der Grundgesetze durch die vom Kaiser am 6. September bestätigten Erläuterungen zum Paragraphen 96 der Grundgesetze, in denen die Budgetrechte der Duma hinsichtlich des Militärs- und Marinerefforts wesentlich eingeschränkt werden.

Finland.

Schlimme Tage.

Helsingfors, 22. Oktober. (Fig. Ver.) Gestern fand unter dem Präsidium des Generalgouverneurs Wädmann die erste Sitzung des neuernannten Senats statt. Wie schon erwartet, wurde es beschlossen, den zarischen Ufas über die Militärkontribution zu promulgieren. Es sei bemerkt, daß ein russischer Senator (der frühere Ingenieurmechaniker Raach) sich der Abstimmung enthielt, weil er die finnischen Gesetze nicht genügend kenne. Die anwesenden alfinnischen Senatoren gaben eine Erklärung ab, daß finnische Staatsmittel nur mit der Zustimmung des Landtags bewilligt werden können und daß der in Frage stehende Ufas die Grundgesetze Finnlands verletze. Dieser Einwand fand bei der russischen Majorität natürlich keine Beachtung. Darauf wurde noch bestimmt, die Vorlage anlässlich der Militärkontribution dem Landtage zugehen zu lassen, welcher nun gezwungen wird, seinen Willen zu äußern.

Unterdessen dauern die russischen Truppenbewegungen fort. Gestern langte in Helsingfors ein spezieller Militärzug mit 125 Kosaken an, ebenso in Wiborg, Fredrikshamn, Tavastehus. Von Tag zu Tag erwartet man die russische Konzentration der Provinz Wiborg. Und da man den Ausbruch revolutionärer Wirren befürchtet, so soll zugleich in Wiborg der verstärkte Schutz eingeführt werden und das Kriegsgesetz voll seine Tätigkeit beginnen. Finland soll vernichtet werden! — das ist jetzt das Feldgeschrei der russischen Reaktion.

Serbien.

Der Ministerwechsel.

Belgrad, 24. Oktober. Das neue Kabinett ist gebildet. Es ist ein Koalitionskabinett, dem vier Ultralibale und fünf Jungradikale angehören. Ministerpräsident ist der alte ehgezigjährige Intrigant Pasitsch.

Nicaragua.

Niederlage der Regierungstruppen.

New York, 25. Oktober. Ein drahtloses Telegramm aus Bluefields berichtet, daß am Freitag bei Boca San Carlo (Nicaragua) eine Schlacht stattgefunden hat, in welcher General Chaman die Regierungstruppen geschlagen hat. Die letzteren hatten 100 Tote und 300 Verwundete. Die Aufständischen hatten geringe Verluste; sie eroberten das Kap Oracías á Dios, das ihnen die Herrschaft über die ganze atlantische Küste sichert.

Gewerkschaftliches.

Bluttat eines Arbeitswilligen.

Schon wieder ist über die ruchlose Tat eines Arbeitswilligen zu berichten. Auf dem Eisen- und Stahlwerk in Ohligs bei Solingen streikten seit zehnte Wochen die Former und Gießereiarbeiter. Die Gründe, die zu dem Streik führten, sind vom „Vorwärts“ bereits mitgeteilt worden. Mitglieder der beschäftigten „Zürberkolonne“, eine Gewerkschaft, die prinzipiell nur Streikbrecherarbeit leistet und zu diesem Zweck von einem Ort zum andern reist, fanden sich ein und leisteten Arbeitswilligendienst. Welcher Art dieses Menschenmaterial ist, das in den Fabrikräumen beherbergt und beschäftigt wird, zeigte sich vor einigen Tagen. Als der streikende Former Becker auf Streikposten zog, wurde er von einem der Arbeitswilligen angerepelt mit den Worten: „Heute stehen wir Streikposten!“ Auf die Antwort des Becker, er solle ihn in Ruhe lassen, rief der Streikbrecher in die Wirtschaft von Lieder, wo sich verschiedene seiner Kollegen befanden, hinein, und im Nu sah sich Becker von einer Schar derselben umgeben. Nach kurzem Wortwechsel hieb einer der Arbeitswilligen auf Becker mit einem Stoche ein, während ein anderer Becker mit einem dolchartigen Gegenstande von hinten in den Rücken stach. Der Dolch ist tief durch den Nack und Hosenrücken in den Körper gedrungen und hat die Lunge verletzt. Der Messerheld rief dem Gestochenen zu: „Ich mehle dich nieder und werfe dich auf das Bahngleis!“

Becker wurde auf die Polizeistation geschafft und dort von einem Arzt verbunden. Am selben Abend wurden noch eine Anzahl Personen, darunter auch Frauen, von den Arbeitswilligen mit dem Messer bedroht. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor. Auf Anordnung des Bürgermeisters wurden die Messerhelden jedoch am anderen Morgen aus der Haft entlassen und arbeiten wieder ruhig weiter.

Das Vorkommnis hat besonders unter der Arbeiterschaft starke Erregung hervorgerufen und man fragt sich mit Recht: Was würde wohl mit den streikenden Arbeitern geschehen sein, wenn sie die Arbeitswilligen mit dem Messer bedroht oder gar verletzt hätten? Würde der Bürgermeister dann ruhig ihre Haftentlassung angeordnet haben?

Die Herren Arbeitswilligen, die bisher auf dem Werke in Quartier lagen, scheinen diesem selbst unbehagen zu werden, denn sie sollen jetzt in Privatlogis untergebracht werden. Eine am letzten Freitagabend tagende von circa 1000 Personen besuchte Versammlung nahm von den Vorgängen Kenntnis und drückte in einer einstimmig angenommenen Resolution ihren Abscheu über das Treiben der Arbeitswilligen aus, fordernd, daß die Stadt bald von diesen Elementen befreit würde. Das Verhalten des Bürgermeisters wurde als unverständlich bezeichnet. Den streikenden Formern wurde die Sympathie für ihr musterhaftes Verhalten ausgedrückt. Wie wir nachträglich erfahren, liegt bei dem Gestochenen Lebensgefahr glücklicherweise nicht vor, da, wie das ärztliche Zeugnis besagt, der Schulterblattknochen ein weiteres Vordringen des verletzenden Instruments unmöglich machte.

Berlin und Umgegend.

Die Durchführung des neuen Tarifvertrags der Postkartonindustrie

Ist nicht so glatt von Station gegangen, wie es im Interesse beider Parteien wünschenswert wäre. Namentlich sind Meinungsverschiedenheiten über die Weiterzahlung derjenigen Abfordrungen entstanden, die höher als die im Tarif festgesetzten sind. Es ist darüber zu neuen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und auch am Mittwoch, wenigstens auf dem Papier, zu einer Regelung der Angelegenheit gekommen. In dieser Sitzung wurde auch von den Fabrikantenvertretern anerkannt, daß bei Abschluß des Tarifvertrags protokolllarisch festgelegt ist, daß die Unternehmer nicht alle bisher gezahlten höheren Preise auf das Niveau des Minimaltarifs herabdrücken wollen, sondern daß die gewährten, im Einverständnis beider Teile gezahlten höheren Preise bestehen bleiben und über die Preise, die sich einschließen haben, Verständigung herbeigeführt werden soll. Der Sach von den Preisen, die sich „einschließen“ haben, rührt von den Fabrikantenvertretern her, die behaupteten, daß im Laufe der Zeit in einzelnen Werkstätten für gewisse Arbeiten höhere Preise eingeführt worden wären, ohne ordnungsgemäß mit den betreffenden Firmen vereinbart zu sein. Wo der gleiche vorliegt, wollen also die Arbeitgeber die höheren Preise nicht ohne weiteres bestehen lassen, sondern erst mit den Arbeitnehmern darüber verhandeln.

Jene von der gemeinsamen Sitzung der Vertreter beider Parteien als zu Recht bestehend anerkannte Protokollbestimmung ist den einzelnen Fabrikanten am 21. Oktober durch Rundschreiben bekanntgegeben mit dem Ersuchen, danach zu verfahren. Das Rundschreiben war für die Fabrikanten von ihrem Vorsitzenden Richard Otte unterzeichnet, für die Arbeitnehmer vom Zahlstellenvorsitzenden Max des Buchbinderverbandes. Ein Teil der Fabrikanten, die den Tarifvertrag im übrigen unterschrieben haben, hat sich jedoch noch nicht dazu aufschwingen können, jene Protokollbestimmung nun ebenfalls anzuerkennen und danach zu handeln.

Am Sonntag fand eine Branchenversammlung der Kartonnierer, Buchbinder und Arbeiterinnen statt, in der Schade über die neuesten Verhandlungen mit den Fabrikanten wie über die Lage bei den einzelnen Firmen berichtet wurde. Es folgte eine lebhaft ausgeführte, wobei von allen Seiten energische Mahnungen zu enghaltiger und strikter Durchführung des Tarifvertrages gefordert wurden. Die Versammlung endete mit Annahme einer Resolution, in der aufgefordert wird, in allen Betrieben, wo noch Differenzen über die Anerkennung des Tarifvertrages bestehen, die Arbeit am Montag, den 25. Oktober, niederzulegen.

Die Arbeitsniederlegung, die, wo sie beschlossen war, gestern morgen sofort mit voller Kraft durchgeführt wurde, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Die meisten Fabrikanten gaben nach kurzen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitnehmer ihren Widerstand auf, und bereits am Nachmittag war neben dem Tarif auch der Protokollauszug über die Weiterzahlung der zu Recht bestehenden höheren Preise von fast allen Firmen unterschrieben bekannt. Nur bei den beiden Firmen Kay u. Co. und Eldner (früher Cohn u. Co.) dauerte der Streik noch fort. Es ist jedoch zu erwarten, daß auch diese sich den zwischen den Organisationen beider Parteien getroffenen Vereinbarungen fügen werden, ohne die für sie gewöhnlich sehr unangenehmen Wirkungen eines längeren Streiks abzuwarten.

Strafe für einen Unfall.

Wie alle Automobilisten, so unterhält auch das Autowerk von Siemens-Schuckert am Romenndam eine Fahrabteilung, deren Aufgabe es ist, die fertig montierten Wagen einzufahren. Bei einer dieser Probedfahrten verunglückte, wie erinnerlich, vor 14 Tagen der Chauffeur Wirkenfeld infolge eines Defekts an der Hinterradpneumatik. Wirkenfeld kam mit gelinden Verletzungen davon, während ein Vertreter der Firma tot blieb. Von sachverständiger Seite ist festgestellt worden, daß Wirkenfeld seinetwegen an dem Unfall trifft. Um so erstaunter war letzterer, als ihm bei der letzten Föhnung 5 M. abgezogen wurden als Strafe für den Unfall. Vorlesungen beim Direktor hatten keinen Erfolg, und so mußte Wirkenfeld — der ein äußerst zuverlässiger Fahrer ist — den Betrieb verlassen, weil

er sich weigerte, die Strafe zu zahlen. Also Geldstrafe oder Arbeitslosigkeit ist für den Chauffeur die Folge davon, daß er im Interesse der Firma und infolge eines Materialschadens sein Leben beinahe aufs Spiel setzen mußte. Zu verstehen ist dieser Vorgang nur, wenn man weiß, daß derselbe in einem Betriebe passiert ist, wo die Selben geachtet werden und wo der Arbeiterauschuss in Händen der Weiblen liegt. Nur der feste Zusammenschluß aller Arbeiter in der freien Organisation kann verhüten, daß sich dergleichen wiederholen.

Deutsches Reich.

Die untertarifliche Bezahlung der Frauenarbeit in den Leipziger Buchbindereien konnte am Sonntagabend in einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände des Vereins deutscher Buchbindermeister und des Buchbinderverbands wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch wesentlich eingeschränkt werden. Es hatte sich seit einigen Jahren in den Leipziger Buchbindereien der tarifwidrige Zustand herausgebildet, daß Arbeiten, die durch tarifliche Vereinbarung ausdrücklich den Gehältern vorbehalten waren, von Arbeiterinnen um 20–30, ja teils sogar um 50 Proz. billiger hergestellt wurden. Um diesen Mißstand zu beseitigen, hatte der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbands eine gemeinsame Sitzung der genannten Vorstände gefordert, die am 10. Oktober in Leipzig tagte, ohne ein Resultat zu zeitigen. In der zweiten Vorstandssitzung konnte nach längerem Unterhandeln eine Vereinbarung erzielt werden, dahingehend, daß das Deduzieren unter allen Umständen nur als Gehilfenarbeit gilt und die Anfertigung von Broschüren nur den Arbeiterinnen überlassen werden darf, wenn es sich um dünne Hefte handelt. Im übrigen darf der Abzug für Gehilfenarbeit die von Arbeiterinnen hergestellt wird nur noch 20 Proz. betragen. Es hätte mehr erzielt werden können, wenn die Stuttgarter und Berliner Prinzipale, die in der ersten Sitzung das tarifwidrige Verhalten ihrer Leipziger Kollegen verurteilten, sich nicht anders besonnen hätten. Bei Ablauf des Tarifs im Jahre 1911 wird es Sache der Arbeiter sein, den Uebelstand vollständig zu beseitigen.

Wegen des Mordes an dem Streikenden

Heinrich Wendler sind bekanntlich die beiden Brüder Josef und Rupert Gahner, die in der Wolfischen Zelluloidwarenfabrik als Streikbrecher Dienste leisteten, verhaftet worden. Nun ist Rupert Gahner auf erhobene Beschwerden hin durch Beschluß der Strafkammer aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Sein Bruder Josef ist noch in Haft. Rupert ist derjenige, der nach Meldung der bürgerlichen Presse durch einen Revolverbeschuss in den Kopf verletzt worden sein soll, in Wirklichkeit aber nur eine ganz unbedeutende Schramme infolge eines Steinwurfs davontrug. Er ist übrigens der einzige Verletzte von den Arbeitswilligen, die von Streikenden überfallen sind und bei der Niedermegung Wendlers in Notwehr gehandelt haben wollen. Die beiden Gahner sind berufsmäßige Kauderzcher; als solche traten sie vor drei Jahren auch bei dem Unionstreik auf, bei dem ebenfalls Blut floß, indem der Streikführer Fleischmann von dem Arbeitswilligen Thiel niedergeschossen wurde — eine Tat, die heute noch ungepönt ist. Wegen der Freilassung Gahners hat der Staatsanwalt Beschwerde eingelegt.

Zum Friedensschluss in Nürnberg wird uns von dort noch geschrieben: Unter dem Eindruck der gewaltigen Erregung, die der Mord an einem Streikenden in der ganzen Bevölkerung hervorrief, hat die Firma Gebr. Wolff endlich ihren halsstarrigen Standpunkt verlassen und sich den Vermittlungsbemühungen eines Regierungsvertreeters und des Oberbürgermeisters v. Schuß zugänglich gezeigt. Dabei mag auch die Erkenntnis mitgewirkt haben, daß nach den letzten Vorgängen die Sympathie weither bürgerlicher Kreise sich den Streikenden zuneigte, vielleicht auch der Umstand, daß den Unternehmern selbst in der Gesellschaft ihrer Streikbrecher heimlich zu werden beginnt, denn es gehen Gerüchte, daß die nützlichen Elemente in dem Bewußtsein, daß sie der Mittelpunkt der Weltgeschichte sind, sich bereits als Herren der Fabrik betrauten und zum Teil die Firmeninhaber schon mit Tätlichkeiten bedroht haben. Der Kampf der Streikenden war lang, schwer und opferreich, und der schöne Sieg, den sie nunmehr erreicht haben, ist wohlverdient. Ueber den Hauptstreitpunkt, aus dem der ganze Kampf entspringt, die erhebliche Reduktion der Abfordrungen, werden nach Wiederaufnahme der Arbeit Vereinbarungen festgelegt, die im Sinne der Arbeiterforderungen gehalten sein sollen. Ebenso wichtig ist die von der Firma durch Unterschrift eingegangene Verpflichtung, in Zukunft bei Meinungsverschiedenheiten über Lohnfragen mit den Leitern der Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten und Verhandlungen zu pflegen, denn bisher hat sie sich stets auf das hartnäckigste geweigert. Organisationsvertreter als unterhandelnden Teil anzuerkennen. Wenn die Firma ihre Zugeständnisse beim Ausbruch der Bewegung schon gemacht hätte, so wäre es überhaupt nicht zum Streik gekommen. Aber erst mußte ein langwieriger, auch für die Firma von schwerem Schaden begleiteter Kampf geführt werden und Arbeiterblut fließen!

Am Abend vor der Schlacht.

Tausende und Abertausende von Landtagswählern hatten sich gestern Abend noch einmal zusammengefunden, um am Abend vor der Schlacht die Parole entgegenzunehmen. Helle Begeisterung herrschte in allen Versammlungen, und das Berliner Proletariat ließ erkennen, daß es ernstlich gewillt war, den letzten Wahlsiegen der Partei in Berlin vier neue Siege hinzuzufügen.

Die beiden Wählerversammlungen im

5. Landtagswahlbezirk

zeigten einen sehr guten Besuch. Sowohl der Saal in der „Drachenburg“ am Schlegischen Tor, sowie der Saal und die Galerien der „Arctia“ in der Brangelstraße waren bis auf den letzten Platz besetzt.

In der „Drachenburg“ hielt zuerst der Kandidat des Kreises Genosse Vörmann seine Ansprache. Als sich Gegner auf die Aufforderung der Versammlungsleitung nicht zum Worte meldeten, ging Genosse Ströbel mit der reaktionären preussischen Wirtschaft ins Gericht, dabei den Freisinn in seiner ganzen politischen Zügellosigkeit darstellend.

In der „Arctia“ wies Genosse Robert Schmidt nach, wie lähmend die preussische Reaktion auf die Gesetzgebung im Reich wirkt; wie auch nur der kleinste kulturelle Fortschritt auf Widerstand stößt, zeigte er am wirksamsten an dem Stillstand der Sozialgesetzgebung. Die Arbeiterchaft der Reichshauptstadt müsse sich den siegreichen Kämpfern Sachsens und Badens am morgigen Wahltage an die Seite stellen können. Es ist Pflicht aller Wähler, unserem Freunde Vörmann zum Siege zu verhelfen. Genosse Vörmann wies darauf noch eine zündende Ansprache. Der lebhafteste Beifall, der den durch öftere Zustimmungsrundgebungen unterbrochenen Reden gezollt wurde, zeigte davon, daß die Genossen alles daran setzen würden, um die Mandate nicht nur zu erhalten, sondern um durch eine impotente Wahlbeteiligung den herrschenden Kreisen die gegenwärtige Stimmung im Volke erkennen zu lassen.

Im 6. Landtagswahlbezirk

herrschte unter den Wählern eine Stimmung und ein Eifer, die einen glänzenden Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten zu verhürgen schienen. Der große Saal am Paragrafenplatz, im äußersten Osten Berlins, war schon um 8 Uhr dermaßen gefüllt, daß sämtliche Tische beseitigt werden mußten, und die Wähler kamen so zahlreich, daß die Stühle bei weitem nicht ausreichten. Auch Frauen waren in großer Anzahl erschienen, um, wenn auch selbst wahlrechtlos, ihr lebendiges Interesse an den heutigen Wahlen kund zu tun und mitzuhelfen, der preussischen

Reaktion und dem Freisinn einen heftigen Schlag zu versetzen. In kräftigen Worten, wie sie die Tatsachen mit sich bringen, schilderte der Referent, Reichstagsabgeordneter Singer, Herz und bündig, um was es sich handelte. Dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine nicht minder wirkungsvolle Ansprache des Kandidaten Stadtratsordneter Hugo Heimann.

Auch der große Saal in der Andreasstraße war sowohl unten wie auf den Galerien so zahlreich gefüllt, daß viele sich mit Stehplätzen begnügen mußte. Hier sprach als erster Redner der Kandidat, Genosse Heimann, und schilderte die Lage des Wahlkampfes, geistelte unter anderem in treffenden Worten die Freisinnsschwäche, wobei er auch darauf hinwies, daß die Freisinnigen auf einen Wählerigen „Wahlrechtskampf“ zurückblicken können und wie sie sich dabei benennen haben. — Als Referent sprach in dieser Versammlung an Stelle des verhinderten Genossen Ledebour Genosse Eichhorn, der in ebenso scharfen wie wohlbegründeten Worten mit der preussischen Reaktion und ihren Helfershelfern, den Freisinnsmännern, ins Gericht ging und die Versammelten aufforderte, den Mandatsräubern die Antwort so kräftig wie nur möglich zu erteilen. Nach kräftigem Schlusswort des Vorsitzenden, Genossen Hoffmann, schloß die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

Im 7. Landtagswahlbezirk

waren zwei Versammlungen einberufen. Aber der Andrang der Besucher war so stark, daß noch eine dritte Versammlung veranstaltet werden mußte. — In den Prachtzälen des Ostens (Frankfurter Allee) füllte sich der obere Saal schon lange vor Beginn der Versammlung mit einer so großen Masse proletarischer Wähler, daß man sämtliche Tische hinausgeschafft, um Raum für die andrängenden Besucher zu schaffen. Doch trotzdem erwies sich der große Saal als viel zu klein. Er wurde abgesperrt und dann der untere, ebenso große Saal geöffnet, der sich auch in kurzer Zeit füllte. So hatten wir hier also zwei stark besuchte Versammlungen. In beiden Sälen sprachen der Kandidat des Kreises, Genosse Pirsch und Genosse Karl Liebknecht. Durch ihre wirkungsvollen Reden entseffelten sie stürmischen Beifall und sichtlich Begeisterung.

In dem großen Saal des „Ghysums“ (Randsberger Allee) kennzeichnete der Referent Genosse Zubeil in treffender Weise die Bedeutung der Wahl und gab unter allseitigem Beifall der Erwartung Ausdruck, daß wir den Wahlkreis mit großer Mehrheit auch diesmal erobern werden. Als Genosse Pirsch nach Beendigung der Rede Zubeils den Saal betrat, begrüßte ihn lebhafter Beifall als Zeichen der Kampfesfreudigkeit und Siegesglaube der Parteigenossen und als er seine zu energischem Wahlkampf anfeuernde Rede geschlossen hatte, brach die Versammlung in stürmische Kundgebungen aus, die Zeugnis davon ablegten, daß unsere Genossen alles daran setzen werden, um nicht nur zu siegen, sondern glänzend zu siegen und die Gegner für alle Zeit niederzuwerfen.

Im 12. Landtagswahlbezirk

bieten die beiden großen Wählerversammlungen, die im „Arctushof“, Friebergstraße, und in den „Prachtzälen Nordwest“, Wilschstraße, veranstaltet waren, ein Bild des regsten Interesses und der lebhaftesten Anteilnahme für die Ereignisse des kommenden Tages. Adolf Hoffmann, der Kandidat des 12. Bezirkes, wurde jubelnd begrüßt. Ihm wieder zu seinem Sitz im Landtag zu verhelfen, dazu war man von ganzem Herzen bereit und gerade darum, weil er von Junkern und Pfaffen so sehr gehaßt wurde. Im „Arctushof“ sprach Hoffmann zuerst und seine kurze, aber kernige Rede fand den reichsten Beifall. Nach ihm hielt Genosse Wolfgang Heine unter großer Aufmerksamkeit der Versammelten einen Vortrag, der ausklang in den Appell, dem sozialdemokratischen Kandidaten den Sieg zu bereiten. Dieser war unterdessen nach den „Prachtzälen Nordwest“ geeilt, wo Genosse Stadthagen vor überfülltem Saale eine anfeuernde Rede hielt. Nach ihm sprach Hoffmann, der auch hier hells Begeisterung für seine Wiedertwahl fand.

Beide Versammlungen waren außerordentlich stark besucht; zahlreich waren auch die Frauen erschienen. Trotz des starken Andrangs hielt sich die Polizei von den Versammlungsorten fern. Nicht einmal die Schutzmannsposten an den Eingängen, die sonst bei großen Versammlungen üblich sind, waren zu bemerken. Einige Anzeichen ließen trotzdem erkennen, daß die Versammlungen scharf beobachtet wurden. Die Ordnung wurde musterhaft aufrechterhalten; Ansammlungen auf der Straße fanden nicht statt. Unter Hochrufen auf unsere Partei und unsere Kandidaten zerstreuten sich die Versammelten, bereit, heute, am Wahltage, den Kampf mit aller Energie zu führen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem Lande Teils.

Zürich, 25. Oktober. (B. S.) Wegen der Demonstrationen vor dem spanischen Konsulat in Zürich beantragte der Bundesanwalt Kronauer beim Bundesrat die Ausweisung der italienischen Anarchisten Quac, Semoli und Locatelli.

Kongogreuel.

Brüssel, 25. Oktober. (B. S.) Der deutsche Geologe Dr. Dorpinghaus erhebt schwere Anklagen gegen die Handelsaktiengesellschaft des oberen Kongo. Danach soll die Gesellschaft willkürlich Negermänner und -frauen durch Lager in Ketten zur Arbeit in den Pflanzungen gezwungen, Männer, Frauen und Kinder gefoltert, gemartert und Dörfer verbrannt haben. Der Abgeordnete Vander Velde wird in der Kammer den Kolonialminister über diese Angelegenheit befragen. Dieser hat bereits eine strenge Untersuchung eingeleitet. Die angegriffene Gesellschaft behauptet, Dorpinghaus wolle sich rächen, weil er nicht die gewünschte Summe zur Rückkehr nach Amerika erhalten habe.

Der gestürzte Denter.

Madrid, 25. Oktober. (B. S.) Der frühere Ministerpräsident Maura hielt heute vor Senatoren und Deputierten, die sich auf seine Aufforderung versammelt hatten, eine Rede, in der er die Gründe darlegte, aus denen er zurückgetreten ist, und weiter ausführte, die gegen das Vorgehen Spaniens in Marokko geführten heftigen Angriffe hätten die Ereignisse in Katalonien und die Kundgebungen im Ausland veranlaßt. Maura erklärte schließlich, er werde mit den Liberalen für alle Gesetze stimmen, die absolut notwendig seien, im übrigen aber werde seine Partei zu der liberalen Regierung, die infolge eines im Ausland geführten Feldzuges ans Ruder gelangt sei, nur in feindlichen Beziehungen stehen.

Zur Ermordung Herzensteins.

Helsinki, 25. Oktober. (B. S.) In dem Prozeß wegen Ermordung des früheren Dumaabgeordneten Herzenstein wurden die Angeklagten Larisschin wegen Mittäterschaft, Juskevitch wegen Anstiftung zum Morde zu je 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Zwei Brüder erschüttert.

Langendreer, 25. Oktober. Zwei Brüder im Alter von 13 und 14 Jahren wurden beim Spielen an einer Wöschung durch herabstürzende Sandmassen erschüttert. Beide erlitten.

Parteigenossen!

Der geschäftsführende Ausschuss der preussischen Landeskommission beruft den 3. Parteitag der preussischen Sozialdemokratie auf

Montag, den 3. Januar 1910

- Die vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:
1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses.
2. Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.
3. Die Wahlrechtsfrage in Preußen.
4. Die Verwaltung Preußens.
5. Das Kommunalprogramm für Preußen.
6. Sonstige Anträge.

Für die Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen. Der Bericht der Fraktion wird vorher veröffentlicht. Parteigenossen Preußens! Nehmt möglichst bald Stellung zum preussischen Parteitag durch Wahl von Delegierten und Aussprache über die bevorstehenden Verhandlungen.

Die Anträge müssen bis spätestens 6. Dezember 1909 an die Adresse: Eugen Ernst, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, gelangt sein, wenn sie entsprechend § 7 des preussischen Organisationsstatuts rechtzeitig veröffentlicht werden sollen.

Leopold Liepmann, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten. Berlin, den 26. Oktober 1909. Mit Parteigruß Der Parteivorstand, Der geschäftsführende Ausschuss.

Zum preussischen Parteitag.

Nachstehend veröffentlicht die von der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg gewählte Kommission, die von dem ihr eingeräumten Recht der Koalition Gebrauch gemacht und zu ihren Beratungen Genossen aus allen Teilen Preußens hinzugezogen hat, den Entwurf eines Kommunalprogramms.

Wir unterbreiten den einstimmig angenommenen Entwurf der öffentlichen Kritik mit der Bitte, die Parteiblätter, die dazu Stellung nehmen, in je zwei Exemplaren an die Adresse Eugen Ernst, Berlin SW., Lindenstr. 69, einzusenden.

Entwurf eines Kommunalprogramms für die Sozialdemokratie Preußens.

In Übereinstimmung mit der von dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Bremen 1904 beschlossenen Resolution stehen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Preußens auf dem Standpunkt, daß nur durch die Aufhebung der Klassenunterschiede die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungstätigkeit frei gemacht werden kann, welche die Wohlfahrt aller gleichmäßig fördert.

Kleines Feuilleton.

Das moderne Babylon. Die kapitalistische Entwicklung hat als die größte Revolution aller Lebensformen zersört. Sie hat das Antlitz der Erde in ungeahnter Weise umgestaltet; sie hat auch der Menschheit neue Gesetze vorgeschrieben. Was dem naiven Volk als Naturgesetz erschienen mochte, die Ausbreitung und Verteilung der Massen und Völker, hat die kapitalistische Epoche und als Wirtschaftsgesetz enthüllt.

Besonders die „neue Welt“ bietet Beispiele, die alles historisch Heberliefernte weit hinter sich läßt. Solche Völkerwanderungen und -mischungen, wie die rapide amerikanische Entwicklung sie hervorgerufen hat, sind ohne Beispiel.

Nur selten hat sich in der Geschichte der Menschheit der Fall ereignet, daß sich auf einem Punkte zugleich Mitglieder einer großen Zahl verschiedener Völker mit mannigfachen Sprachen zusammenfanden. Die Sagen Geschichte des Altertums erzählt es uns vom Turmbau zu Babel, die Kulturgeschichte zeigt es uns im Kaiserlichen Rom. In größtem Maßstabe aber hat sich ein wahres Sprachenbabel in den letzten hundert Jahren namentlich an drei Stellen der neuen Welt gebildet: in New York, in Chicago und in San Francisco.

Sowen hat das statistische Amt der Stadt Chicago seine Schätzungen (wirkliche Zählungen) werden nicht jedes Jahr vorgenommen) für die Zusammenziehung der Bevölkerung veröffentlicht. Danach zählt Chicago heute eine Bevölkerung von 2 572 835 Einwohnern. Diese entfallen auf 40 verschiedene Länder in Europa und Asien. Absolut die größte Menge wird von den geborenen Amerikanern gebildet: sie umfaßt 699 554 Köpfe. Relativ ist dies jedoch nur wenig mehr als der vierte Teil der städtischen Bevölkerung. An zweiter Stelle stehen die Deutschen mit 563 708 Köpfen; das entspricht ungefähr der Gesamtbevölkerung von München (548 000 Köpfe). Zum Vergleich sei angeführt, daß New York 600 000 deutsche Einwohner besitzt und sich infolgedessen rühmt, die drittgrößte deutsche Stadt der Welt zu sein; tatsächlich beherbergen nur Berlin und Hamburg mehr Deutsche. An dritter Stelle stehen in Chicago die Polen mit 240 000 Köpfen. Dann folgen die Polen mit 179 000 Köpfen. Chicago ist also nach Warschau (766 000) und Lemberg (176 000) die größte polnische Stadt der Welt. Der Sitz aller polnischen Nationalbestrebungen in den Vereinigten Staaten, zum Teil auch der großpolnischen Agitation überhaupt, ist deshalb in Chicago zu suchen. Weiter finden wir die Schweden mit der recht großen Zahl von 143 000 Seelen: Schweden hat nur eine Stadt mit mehr Einwohnern, Stockholm (318 000), während Goeteborg die Zahl der in Chicago lebenden Schweden gerade erreicht. Mehr als 100 000 Köpfe zählen in Chicago ferner noch die Russen mit 123 000 und die Tschechen mit 116 000 Köpfen. Die Zahl der

Zur Erreichung dieses Zieles sind auf dem Gebiete der Gesetzgebung durchgreifende Änderungen erforderlich, die den Gemeinden eine ersprießliche Tätigkeit zum Wohle der Gesamtheit ermöglichen. Aber auch unter den heiligen Gesetzen ist der Wirkungsbereich der Gemeindepolitik mehr und mehr im Sinne kommunaler Sozialpolitik in der Richtung des Sozialismus auszugestalten.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Preußens fordern daher:

A. Von der Gesetzgebung.

I. (Verfassung.) Unter Aufhebung aller zurzeit in Preußen geltenden Stadt- und Landgemeindeordnungen für den gesamten Umfang des Staates eine einheitliche Gemeindeordnung auf folgender Grundlage:

- a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime, von dem Bezug öffentlicher Unterstellungen unabhängige Wahlen nach dem System der Verhältniswahlen; Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts; Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes; Einkommensteuern; Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter; Strafflosigkeit für Neuwahlungen in Ausübung ihres Amtes.
b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden, Prüfung ihrer Geschäftsfähigkeit durch die ordentlichen Gerichte, Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden sowie des Bestätigungsrechts der Aufsichtsbehörden gegenüber Organen, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung bestellt sind.

II. (Polizei.) Uebertragung der Ortspolizei auf die Gemeinden.

III. (Finanzwesen.) Deckung der Gemeindebedürfnisse durch progressiv gestaltete Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer; Erhebung von kommunalen Zuschlägen zur Ergänzungssteuer; Verbot der Erhebung von indirekten Steuern durch die Gemeinden; Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten, Geistlichen, Lehrer und Offiziere.

IV. (Vollschulwesen.)

- a) Weltlichkeit der Schulen, sachmännische Schulaufsicht.
b) Einführung der obligatorisch zu besuchenden konfessionslosen Einheitschule mit gemeinsamem Unterbau und einem nach den verschiedenen Bildungszielen gegliederten Oberbau.
c) Regelung der Schulpflicht.
d) Uebernahme sämtlicher Schullasten auf den Staat.
e) Uebertragung der gesetzlich zu regelnden Verwaltung auf die Gemeinde.

V. (Gesundheitspflege.) Erlaß eines Gesetzes über die öffentliche Gesundheitspflege auf Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung.

B. Von den Gemeinden.

I. (Wahlrecht.) Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage, Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes, Ermäßigung des Zensus auf das gesetzliche Mindestmaß.

II. (Finanzwesen.) Deckung der Ausgaben der Gemeinde durch staatliche Zuschläge zur Einkommensteuer, durch Einführung einer Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden, durch Besteuerung des Grund und Bodens nach dem gemeinen Wert unter stärkerer Belastung des baureifen unbauten Grund und Bodens, durch Umsatzsteuern beim Verkauf von Grundstücken, durch mäßige Ueberschüsse der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden.

III. (Bildungswesen.)

- a) Solange die Einheitschule nicht erreicht ist, fortschreitenden Ausbau der Volksschule und besondere Berücksichtigung der weniger Befähigten und Begabten. Ausschaltung aller Schulsysteme, die den Ausbau der Volksschule hemmen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel. Bau und Unterhaltung der Schulhäuser (Turnhallen, Spielplätze, Schulbäder, Schulgärten usw.) sowie Fehhebung der Klassenfrequenz und der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundföhen der Schulhygiene und Pädagogik. Pflege des Körpers in der Schule durch allgemeine Einführung von Turn- und Schwimunterricht.
b) Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Schüler durch Schulärzte (auch Spezialärzte) und Bereitstellung ärztlicher Hilfe für die krank Befundenen Schulkinder auf Kosten der

Gemeinde. Einrichtung und Unterstützung von Ferienkolonien. Speisung bedürftiger Schulkinder. Einrichtung von Schulwärmerstuben und Schulküchen.

- c) Schaffung von Kindergärten für noch nicht schulpflichtige Kinder und von Kinderhorten für Schulkinder, die der häuslichen Beaufsichtigung entbehren; Beratung der Schüler bei der Berufswahl.
d) Deckung der höheren Schulen für die befähigten Kinder der unbemittelten Klassen durch die Bereitstellung von Freiplätzen, Gewährung freier Lernmittel und Unterhaltsgelder.
e) Einrichtung und Betrieb von Volksbibliotheken und Lesehallen sowie von Anstalten für Volkserhaltung und -belehrung.
f) Obligatorischen Fortbildungsschulunterricht für Lehrlinge und jugendliche Angestellte sowie ungeleitete Arbeiter beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahre. Erteilung des Fortbildungsschulunterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit. Erweiterung des Fachunterrichts. Hauswirtschaftlichen Unterricht für Mädchen.

IV. (Wohnungsfrage.)

- a) Erwerbung von möglichst umfangreichem Grundbesitz durch die Gemeinden.
b) Ausschließung des Grundeigentums durch Straßen, Plätze und Verkehrsanlagen.
c) Beobachtung der volkshygienischen, sozialpolitischen, wirtschaftlichen und ästhetischen Momente bei Aufstellung des Wohnungsplanes mit dem Ziel, in den Wohnquartieren eine größere Bequemlichkeit der Wohnung zu sichern, die Mietsteuern zu bekämpfen und den Kleinwohnungsbau zu fördern.
d) Abstufung der Bauweise unter Berücksichtigung der volkshygienischen und sozialpolitischen Momente, insbesondere in den Wohnquartieren; daher eine größere Beschränkung der Häuserhöhe, der Zahl der Stockwerke und des Ueberbauungsgrades der Grundstücke. Festsetzung einer Minimalgröße für Wohn- und Schlafräume.
e) Erhaltung des Gemeindebesitzes. Verwendung von Gemeindegeldern zur Errichtung von Wohnhäusern mit Wohnungen, die allen Anforderungen der Volkswohlfahrt entsprechen und der Verbesserung, insbesondere der Arbeiterklasse, zu Mietpreisen zur Verfügung zu stellen sind, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Ansatz gebracht werden. Eventuell Bergabung des Grund und Bodens der Gemeinde im Erbbaurecht.
f) Aufnahme einer Wohnungsstatistik in regelmäßigen Zwischenräumen.
g) Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern.
h) Anstellung von kommunalen Wohnungsinspektoren.

V. (Gesundheitspflege.)

- a) Zur Erhaltung der Gesundheit:
1. Uebernahme des Reinigungswesens (Kanalisation, Müllabfuhr, Straßenreinigung, öffentliche Bedürfnisanstalten) in die Regie der Gemeinde.
2. Hygienisch einwandfreie Trinkwasserbereitung und Entwässerung.
3. Kontrolle und Regelung des Nahrungsmittelverkehrs durch Schaffung von Einrichtungen zur Untersuchung von Nahrungsmitteln (Milchkontrolle, Fleischschau, Nahrungsmitteluntersuchungsämter), durch Einrichtung und Betrieb von Märkten und Markthallen, von Vieh- und Schlachthöfen, durch Uebernahme der Produktion und des Verkehrs von Nahrungsmitteln (Milchverarbeitung, Bäckereien, Schlächtereien, Speisehäuser) auf die Gemeinden.
4. Schaffung von Gesundheitsämtern.
5. Errichtung öffentlicher Bäder, Spielplätze, Turnhallen, öffentlicher Anlagen, Parks und dergleichen.
b) Zur Bekämpfung der Krankheiten:
1. Bau und Betrieb von Kranenhäusern zur unentgeltlichen Benutzung aller Angehörigen der Gemeinde, insbesondere Bau und Betrieb von Jernassalen, Lungenfürorgestellen, Heimstätten für Lungenkranke, Heimstätten für Genuß-, Bald- und See-Erholungsstätten für Kinder und Erwachsene, Uebernahme des Kranentransports und des Rettungswesens.
2. Einrichtungen zum Schutze der Frauen während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. (Heimstätten für Schwangere, Entbindungsanstalten, Wöchnerinnenheim.)
3. Unentgeltliche Geburtshilfe und Bereitstellung von Hauspflege durch die Gemeinden.

Chinesen und Japaner ist auffallend gering: sie beträgt nur 1801 bzw. 275 Köpfe.

In New York liegen die Verhältnisse ähnlich. Unter 3 500 000 Einwohnern zählt man dort nur 737 000 geborene Amerikaner. Nach 490 000 Deutschen folgen mehr als doppelt soviel Iren, als in Chicago leben, nämlich 595 000. Die größte Stadt Irlands, Belfast, hat nur 350 000 Einwohner, also weniger als zwei Drittel der Iren in New York. Hier leben ferner 672 000 Juden aus Ostropa, während in Warschau, der größten Judenstadt Europas, nur 263 000 zu finden sind. Ebenso ist die Zahl der Oesterreicher, der Schweden, der Norweger, der Italiener, der Russen in New York sehr groß; es gibt nur drei Städte in Oesterreich, in denen mehr Oesterreicher leben, nur fünf Städte in Schweden, die mehr Schweden umfassen, nur sechs Städte in Norwegen, die mehr Norweger, nur sieben in Italien, die mehr Italiener, nur acht in England, die mehr Russen beherbergen.

Musik.

Die „Philharmonischen Konzerte“ kommen mit ihren mehrfachen Veranstaltungen den verschiedenen Bedürfnissen entgegen. An ihrer Spitze stehen die so benannten Konzerte; sie pflegen erstre Orchester- und Solomusik, bringen jeweils eine oder die andere Neuheit, halten sich aber sehr vornehmlich im Rahmen dessen, was nicht erst durchgelämpft werden muß. Ihre Montagabende bereinigen zu entsprechenden Preisen die Gesellschaft des „guten Tons“. Anders die treffliche Einrichtung der öffentlichen Hauptproben, die am Sonntag vorher mittags stattfinden: sie geben mit ihren Preisen von 1/2 bis 3 M. vorwiegend den eigentlichen Fachleuten und Liebhabern der Musik Gelegenheit, die Sache fachlich aufzunehmen, und nähern sich so dem, was man volkstümlich nennt. Weide mal ist ein von Paul Bekker gut redigiertes, doch immer noch der Erweiterung fähiges „Programmheft“ um 30 Pf. zu haben.

Sodann die populären Philharmonischen. Ihre beiden Arien sind die höher führenden Dienstags-Veranstaltungen („Sinfonie-Konzerte“) und die an Sonntagen stattfindenden „Konzerte des Philharmonischen Orchesters“. Mit den letzteren sind wir bei der Volkserhaltung angelangt. Das Getriebe in ihnen, mit viel Witz und Rauch, mit viel Eifersucht auf die allenthalben besetzten Stühle, mit viel Liebesbegehren und Pausenpromenaden ist etwas wie eine Lebenswürdigkeit. Nebenbei gibt es Musik, sozuzunagen gut bürgerliche Klänge, bestehend aus isolierten Ouverturen und zuerst gemachten Arien, aus Fantastien, aus Hohn- und Orgel- und sonstigen Soffi und was dergleichen abwechselnde Gerichte mehr sind. Alles so gut gespielt, daß Kapellmeister Otto Marienhagen nicht dergleichen werden darf.

Die „Philharmonischen“ dirigiert Artur Nikisch. Nicht nur von Deutschen, sondern auch von Romern verehrt, pflegt der

Genannte eine Dirigierkunst, die vor einigen Jahrzehnten noch Entfremden erregen konnte. Man denke nur: er nimmt einige Stellen langamer und einige schneller! Wer heute den musikalischen Vortrag nach den Weisungen H. v. Wilhous und G. Riemanns fortentwickelt haben will, verlangt mehr. Ansätze dazu geben auch hier nicht; so etwa bei der Vorführung von M. Schumanns immer wieder jugendlichem Klavierkonzert mit Harold Bauer als Solisten, die wir am Sonntag hörten. Als Revisor gab's da eine „Ouverture zu einem Lustspiel von Shakespeare“, die der junge Komponist Paul Scheinpfing geschaffen hat. Mit Verhöhnung einer Melodie aus einem alten englischen Klavierstück läßt der Komponist die Geister des Humors und der Burleske springen, daß man sich bequem zu „Was ihr wollt“ oder dergleichen hinzudenken kann.

An Stoff zu ausführlichen Berichten über die Sonntagabend-Konzerte, etwa von Beethovens „Kändlicher Sinfonie“ bis zu einem Schlußkonzert wird es nicht fehlen. Nur in das Werden und Regen der Kunst, in das Wogen und Ringen der Künstler führt uns all das nicht ein; dazu bedarf es anderer Wege, die von dem Erfolg und Raffinesse des Philharmonie-Saales recht weit wegführen. sz.

Notizen.

Theaterchronik. Karl Kochers Komödie aus dem Komödiantenleben „Hinterm Haus“, die bei ihrer ersten Aufführung im Lustspielhause hier gewürdigt wurde, erprobte am Sonntagabend ihre starken Wirkungen auf das Publikum des Kleinen Theaters. Die Typen aus der Welt der Bretter — die aus der Schmiere sind mit den Augen des Vorstehenden gekannt, die vom Hoftheater satirisch behandelt — wurden sehr charakteristisch verportet.

Die bestrifene Leonardo-Wüste. Direkter Wode erwarb kürzlich für das Kaiser-Friedrich-Museum in London eine Wüstensüste, die er für ein Wert Leonards da Vinci erklärte. Da Werke dieses genialen Meisters sehr selten sind, entstand eine begriffliche Verwunderung darüber, daß ein neuer Leonardo überhaupt entdeckt werden konnte. Ein englischer Kunsthändler behauptet nun aber in Zuschriften an englische Zeitungen, daß diese Wüste eine Arbeit des verstorbenen Londoner Bildhauers Lucas sei, der sie auf Bestellung nach einer Skizze von einem Gemälde Leonards anfertigte. Da der Handel mit alten Kunstwerken die durch ihre Schliche und Kniffe berichtigte Kopialerei bei weitem übertrifft, so ist es freilich nicht ausgeschlossen, daß Wode auch einmal hinein-gelegt ist.

Zombroso hat sein Behlten dem anatomischen Institut der Universität Turin vermach. Die Ueberführung der Leiche nach dem anatomischen Institut gestaltete sich zu einer großartigen Sympathiefeier. Zombroso war einer der populärsten Menschen von Turin, wo er eine Zeitlang Stadtverordneter und Mitglied der sozialistischen Fraktion war.

4. Errichtung von Säuglingskassen, Säuglingsfürsorgestellen, Gewährung von Unterstützungen an hilfsbedürftige Schwangere und Wöchnerinnen, insbesondere auch zur Förderung des Selbstwillens.
5. Unentgeltlichkeit der Desinfektion.
6. Uebernahme der Apotheken in den Gemeindebetrieb.

c) Bestattungswesen:

Uebernahme des gesamten Bestattungswesens in Gemeindebetrieb. Obligatorische Einrichtung und Benutzung von Leichenhäusern. Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens. Errichtung von Krematorien.

VI. (Wirtschaftspflege.)

Alle für die Gemeinde notwendigen Betriebe, insbesondere Viehhaltung, Berke, Wärme- und Krafterzeugungsanstalten, Hofenanlagen, Lagerhäuser, Publikationseinrichtungen, sind der Privatausbeutung zu entziehen und auf eigene Rechnung der Gemeinde zu errichten und zu betreiben.

VII. (Regiebetrieb.)

Errichtung von Gemeindebetriebsämtern und Ausführung der Gemeindegewerbe möglichst durch diese Ämter in eigener Regie.

VIII. (Submissionswesen.)

Vergabe der Gemeindegewerbe und Lieferungen nur unter vertragsmäßiger Verpflichtung der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der von ihnen beschäftigten Arbeiter in Gemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen festzusetzen und das Koalitionsrecht der Arbeiter zu wahren. Strafe Ablehnung der von den Unternehmern verlangten Aufnahme einer Streik Klausel in die Verks- oder Lieferungsverträge.

Verbot der Uebertragung von Arbeiten oder Lieferungen für die Gemeinde an Mitglieder der Gemeindevertretung sowie Verbot der Beteiligung von Gemeindevorstehern an gewerblichen Unternehmungen, die in einem Vertrags- oder Lieferungsverhältnis zur Gemeinde stehen.

IX. (Sozialpolitik.)

a) Allgemeine Sozialpolitik

1. Ausbau des den Gemeinden zur ordnungsgemäßen Regelung übertragenen Arbeiterschutzes.
2. Einrichtung von Arbeitsämtern als Zentralstellen kommunaler Sozialpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftsverteilung und der Ueberwachung der sozialpolitischen Verwaltung der Gemeindeverwaltung.
3. Fürsorge für Notstandsarbeiten durch zweckmäßige Verteilung der Gemeindegewerbe auf die Jahreszeiten und durch Bereitstellung geeigneter Gemeindegewerbe für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Einrichtung von Arbeitslosenunterstützungsstellen zur Förderung und Ergänzung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge.

b) Spezielle Sozialpolitik

Bemessung der Löhne für die im Gemeindeauftrag beschäftigten Arbeiter und Beamten nach gewerkschaftlichen Sätzen. Bildung von Lohnklassen und Lohnskalen nach der Dienstdauer, Einführung einer Arbeitszeit von nicht länger als acht Stunden täglich, Einsetzung von Arbeiter- und Beamtenausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindegewerbetätigen; Bildung dieser Ausschüsse auf Grund allgemeiner, direkter und geheimer Wahlen. Aufstellung von Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen unter Heranziehung dieser Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. Gewährung eines Ferienurlaubs an die Gemeindegewerbetätigen unter Fortbezug des Lohnes. Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld in Krankheitsfällen. Weiterzahlung des Lohnes bei militärischen Uebungen. Versicherung sämtlicher von der Gemeinde beschäftigten Ar-

beiter gegen Krankheit, Invalidität, Unfall und Alter unter Gewährung tragbarer Rechte an die dieser Versicherung dienenden Kassen. Errichtung von Pensions-, Witwen- und Waisenunterstützungsstellen mit Rechtsanspruch für sämtliche Gemeindegewerbetätigen. Gewährleistung voller Koalitionsfreiheit an die Beamten und Arbeiter der Gemeinde. Gewährung von Unfallrenten an alle Verletzten oder deren Hinterbliebenen, die im Kommunaldienst oder in Anstalten oder bei Berufstätigkeiten zu religiösen, wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, zu Zwecken der Kunst, der Wissenschaft, der Gesundheitspflege und Lebensübung berunglückt sind.

X. (Armen- und Waisenspflege.)

Wohlthätigkeit der Armen- und Waisenspflege, weitgehende Heranziehung ehrenamtlicher Elemente, insbesondere der Frauen; Gewährung ausreichender Unterstützungssätze; Individualisierung der offenen Armenpflege, Errichtung von Waisenhäusern sowie von Versorgungsanstalten für die körperlich hilfsbedürftigen Armen. Errichtung von Obdachlosenheimen und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle. Waisens-, Kostkinder- und Fürsorgezöglingspflege nach hygienischen und pädagogischen Grundsätzen, insbesondere ärztliche Ueberwachung der Kostkinder durch besondere Ärzte und besoldete Pflegerinnen mit entsprechender Vorbildung. Anstellung von Spezialärzten im Armendienst. Einführung der Generalvormundschaft.

XI. (Zweckverbände.)

Schaffung von Zweckverbänden zur Durchführung gemeinnütziger Unternehmungen, für welche die Mittel der einzelnen Gemeinden nicht ausreichen.

Zur Frage des Arbeitsnachweises.

Die kartellierten Großkapitalisten betonen immer stärker den Grundsatz, der Staat habe sich in die „Verhältnisse der Betriebe“, d. h. in das Verhältnis der Unternehmer zu den Arbeitern, nicht hineinzumischen. Das ist ja auch der Rat, den der Zentralverband deutscher Industrieller durch seinen Ausschuss kürzlich den Verbänden der Regierungen gegeben hat.

Diesem Grundsatz vertreten die kartellierten Großkapitalisten, weil sie überzeugt sind, daß sie aus eigener Kraft durch ihre Verbände ohne direkte Hilfe der Staatsgewalt die Arbeiter verzwängen können. Sie beileben sich denn auch, ihre Macht gründlich auszunutzen, um die Arbeiter ganz unter ihre Faust zu bekommen.

Das ist der Grund für den Eifer, mit dem sie gegenwärtig durch ihre Verbände Nachregelungsbüros als sogenannte Arbeitsnachweise einrichten. Dieses Verfahren hat sich in den letzten Jahren so „gut“ bewährt, daß immer mehr Unternehmerverbände dazu übergehen. Hiernach ist es begreiflich, daß auch die Bergherren im Ruhrrevier den Arbeitsnachweis nach ihrer Methode „zentralisieren“ wollen.

Nebst zeigt sich hier von neuem, daß bei betriebligen Maßnahmen schließlich die Quantität in die Qualität umschlägt: Was bereinigt nur ein Schönheitsfehler an der Harmonie der Interessen war, wächst sich mit der Zeit zu einer gewaltigen unerträglichen Vergeekung der Arbeiter aus, so daß sogar den bürgerlichen Sozialpolitikern Angst und Bange wird. In der soeben erschienenen Nummer der „Sozialen Praxis“ wird in einem längeren Artikel über: „Die Monopolisierung des Arbeitsnachweises durch den Bergverband im Ruhrrevier“ die Frage aufgeworfen:

„Läßt sich aber solche Kontrolle und Vermittlung der stellungsuchenden Arbeiterschaft (wie die Bergherren durchführen wollen) in den Händen einer privaten einseitigen Interessenorganisation denken, ohne daß eine Verletzung des Brandmarkeverbotes zu befürchten ist? Es handelt sich schließlich“, heißt es dann in dem Artikel weiter, „um das Wohl und Wehe, um die Preisgünstigkeit und die Arbeitsvertragsfreiheit von 1/2 Million Arbeitern, die ohne Mitbestimmungsrechte, ohne die Möglichkeit

eines rechtlich geordneten Beschwerdeweges der Kartellkapitalisten Verfügung der Arbeitgebermächte überlassen werden sollen.“

Daß sich die Bergarbeiter die von den Bergwerksherren geplante Vergeekung nicht gefallen lassen, haben sie bereits gezeigt. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ des freien Verbandes ruft den Bergarbeitern zu: „Das Faustrecht in Sicht! Bergarbeiter, auf zur Wehr!“ Und selbst der Stöckerzögling Franz Behrens schreibt im „Reich“:

„Eher, wie man es wohl erwartet hat, ist die Frage der Koalitionsfreiheit brennend geworden. Die neueste Maßnahme des Bergverbandes im Ruhrrevier, einen Zwangsarbeitsnachweis für die Besen- und Bergarbeiter einzuführen, hat die Frage in ihrer ganzen Tragweite aufgerollt. Die Arbeiter können sich diese Maßnahme nicht gefallen lassen. Die Stimmung im Revier ist tatsächlich recht ernst. Erschütterungen des Wirtschaftslebens liegen leider nicht außerhalb der Möglichkeit, wenn nicht bald der Gesetzgeber eingreift.“

Und wie Herr Behrens, hofft auch der Mitarbeiter der „Sozialen Praxis“ auf die Hilfe des Staates: von Reich und Staat wegen müsse hier gründlich im Wege des Gesetzes durchgegriffen werden.

Inzwischen hat sich bereits gezeigt, daß die Regierungen gar nicht geneigt sind, diesen Aufforderungen nachzukommen. Wie auch immer die Eingaben der Bergarbeiterorganisationen beantwortet werden, daran ist im Ernst nicht zu denken, daß zurzeit der „Gesetzgeber“ den Bergarbeitern als der Retter in der Not erscheinen werde. In den Gesetzgebungen bilden noch immer die bürgerlichen Parteien die Mehrheit. Und alle bürgerlichen Parteien stehen mehr oder weniger im Dienste des kartellierten Großkapitals. Gilt es den Schutz der Arbeiter gegen die Uebermacht des kartellierten Großkapitals, dann sind die bürgerlichen Parteien im besten Falle nur für halbe Maßnahmen zu bekommen, die den eigentlichen Kampf gegen die drohende Vergeekung doch in letzter Linie den Arbeitern selbst überlassen. Im gegenwärtigen Augenblick bemühen sich die Großkapitalisten, noch mehr als bisher, die bürgerlichen Parteien und die Regierungen zu beeinflussen.

Demgegenüber sind die Maßnahmen und guten Ratschläge der bürgerlichen Sozialpolitikler ohne Bedeutung. Im besonderen aber kommt ein Mann wie Herr Behrens, der sich bei der letzten Finanzreform zum Helfershelfer des Schnapsbrotts hergegeben hat, gar nicht in Betracht. Die Frage des Arbeitsnachweises ist gegenwärtig eine reine Machtfrage. Deshalb können die Arbeiter nur dann auf eine für sie günstigere Lösung dieser Frage rechnen, wenn sie eine immer größere Macht der Macht des kartellierten Großkapitals entgegenzusetzen können. Das erreichen sie nur in derselben Weise, wie sie sich bisher einen immer größeren Einfluß auf unser wirtschaftliches und politisches Leben erzwingen haben: durch unermüdlige Aufklärungsarbeit unter ihren Klassenossen, durch weitere Ausbreitung und Erstarbung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Je größere Fortschritte sie hierin machen, desto stärker wird auch ihr Druck auf die bürgerlichen Parteien und die Regierungen.

Die erfreuliche Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bei den Wahlen in der letzten Zeit ist von praktischer Bedeutung auch für die Lösung der Frage des Arbeitsnachweises. Die bürgerlichen Parteien und die Regierungen sehen daraus, wie die Stimmung unter den Arbeitern ist. Nebst müssen wir die Agitation auch fernerhin mit allen Kräften betreiben, damit unsere Gegner einsehen, daß sie die Arbeiter auch in Zukunft nicht mehr mit schönen Redensarten täuschen können. Und wir müssen unsere gewerkschaftlichen und politischen Organisationen so ausbauen, daß sie den Kampf auch gegen alle Gewaltmaßnahmen der kartellierten Großkapitalisten mit dem nötigen Nachdruck führen können. Damit allein bringen die Arbeiter den bürgerlichen Parteien und den Regierungen das Verständnis dafür bei, daß dem Treiben der Unternehmer mit ihren Arbeitsnachweisen endlich ein Ende gemacht werden muß.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

/ Diese Woche

Leipzigiger Strasse: Versand-Abteilung
Versand nach ausserhalb erfolgt prompt

FRANKFURTER ALLEE

Sowohl Vorrat:

Aussergewöhnliche Angebote für Wirtschafts-Artikel, Glas und Porzellan

Emaile

Schmortöpfe	40, 50, 60, 70, 85 Pt.
Kasserollen	33, 38, 45, 55, 65 Pt.
Gaskochtöpfe	85 Pt., 100 125 145 175
Wasserkessel für Gas	110 130 150 175
Stielpfannen	33, 40, 45, 55, 65 Pt.
Bratpfannen mit Deckel	135 175 225 275
Kaffeekannen	70, 85 Pt., 100 115
Wannen oval	165 190 225 275 335
Eimer	90 Pt., 110 135
Mülleimer schwarz	95 Pt., mit Deckel 235

Emaile-Waschgarnituren 5-teilig, m. Goldrand 8⁵⁰

Emaile-Toiletteneimer passend 4⁷⁵

Kaffeeservice echt Porzellan reich dekoriert

9 teilig für 8 Personen				
2 ⁴⁵	2 ⁷⁵	3 ⁴⁵	4 ³⁵	4 ⁸⁵
16 teilig für 12 Personen				
6 ⁸⁵	7 ⁶⁵	8 ⁷⁵	10 ⁸⁰	

Wirtschafts-Artikel

Zinkwaschwannen	7 ⁵⁰ 9 ⁰⁰ 11 ⁰⁰
Zinkwaschzuber	8 ⁰⁰ 10 ⁰⁰ 12 ⁰⁰
Waschtöpfe stark verzinkt	2 ²⁵ 2 ⁹⁵ 3 ⁶⁰
Gardinenspanner	10 ⁵⁰
Wäschemangeln mit Hartholz-Walzen	17 ²⁵ 18 ²⁵
Wringmaschinen 3 Jahre Garantie	17 ⁵⁰ 18 ⁵⁰
Dampfwaschmaschine „Matador“	27 ⁰⁰ 31 ⁵⁰
Plättbretter mit gutem Bezug	1 ⁹⁰ 2 ²⁵ 2 ⁷⁵
Servierbretter Eichenboden	1 ⁶⁰ 2 ⁰⁰ 2 ⁵⁰

Milchsätze 3-teilig, 1 Milchkanne, 2 Becher, dekoriert 1¹⁵

Dessertservice 7-teilig, 1 grosser und 6 kleine Teller, dekor. 85 Pt.

Tassen

diverse aparte Formen mit aparten Dekoren 28, 35 Pt.

Glaswaren

Rotweinkelche graviert	18 Pt.
Biertulpen geätzt	25 Pt.
Karl- oder Victoriabecher 0,2 und 1/4 Liter	10 Pt.
Kompottschalen gepresst, „Weinlaub“	
18 cm	12 Pt.
21 cm	18 Pt.
23 cm	23 Pt.
Kompotteller gepresst	5 Pt.
Wassergläser gepresst	5, 6 Pt.
Butterdosen gepresst	14, 18 Pt.
Zuckerschalen gepresst	12, 16 Pt.
Sturzflaschen mit Glas	14, 28 Pt.
Bierkannen gross mit Reifel	38 Pt.
Hyazinthengläser weiss	7, farbig 10 Pt.
Portweinkelche geätzt 0,05	10 Pt.

Weisses Porzellan

Speiseteller flach oder tief	12 Pt.
Dessertteller	8 Pt.
Kompotteller	5 Pt.
Tassen mit Untertasse	8 Pt.

Orts-Frankenkasse für das Barbiergewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Die dritte Abänderung des Statuts ist genehmigt und tritt am Montag, den 1. November 1909 in Kraft. Abgeändert sind § 28 (Beiträge) und § 19 (Estergeld). Der wöchentliche Beitrag beträgt demnach für Klasse a 66 Pf., b 59 Pf., c 53 Pf., d 47 Pf. Das Estergeld beträgt für Klasse a 75 Pf., b 45 Pf., c 37,50 Pf., d 30 Pf. Abänderungs-exemplare sind im Kassensaal erhältlich. 278/20

Der Vorstand.

Paul Schroll, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse der Schmiede.

Die 4. Abänderung zum Statut, Erhöhung der Beiträge, ist vom Bezirksausschuss genehmigt und tritt die Bestimmung am 1. November 1909 in Kraft. 278/19

1. Klasse 81 Pf., 2. Klasse 86 Pf., 3. Klasse 42 Pf., 4. Klasse 27 Pf.

Der Vorstand.

Ed. Pilgrim, Vorsitzender.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Fahrradhaus „Frisch auf“

Walter Wittig & Co., BERLIN N. 31, Brunnenstraße 35, Filiale: Kottbuserstr. 9. Unserer werten Kundschaft zur Nachricht, daß von heute **Sonnabend, den 23. Oktober**, an unser Geschäft Brunnenstr. 35 wieder geöffnet ist. Gleichzeitig bitten wir, das uns vor dem Brande entgegengebrachte Vertrauen auch weiterhin zu bewahren. 108/9*



nimmt jeder Versuch das beliebte, echte Palmrin durch eine billige Nachahmung zu ersetzen. Wir bitten daher beim Einkauf genau auf den Namen Palmrin und den Schriftzug Dr. Schlink zu achten und Nachahmungen, die oft unter täuschend ähnlich klingenden Namen angeboten werden, zurück zu weisen.
H. Schlink & Cie. H. G.
Hamburg-Mannheim
Alleinige Produzenten von Palmrin.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Donnerstag, den 28. Oktober, abends 6^{1/2} Uhr, in den „Arminhallen“ (gr. Saal), Kommandantenstraße 58/59:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Wolfgang Heine über: „Sozialfragen und Sicherung von Arbeiterlöhnen“.
3. Verschiedenes.

Kollegen! Da dieser Vortrag für jeden Putzer von großem Interesse sein muß, agitiert für einen guten Besuch der Versammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Ohne dasselbe keinen Zutritt.

3. U.: E. Schulze.

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspolizistenum. — Amt VII, 13799
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

Preßkohlen, ring-

1000 Stück frei Keller 7,75 M.
Offerten unter J. 1 Expedition des „Vorwärts“.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter und Arbeiterinnen.

Mittwoch, 27. Oktober, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend):

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Bürstenmacher.

Mittwoch, 27. Oktober, abends 8 Uhr, bei Proß, Holzmarktstr. 65:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Zustände in der Bürstenmacherei des Bezirkes für Unfallverletzte.
2. Branchenanangelegenheiten.

Kammacher.

Mittwoch, 27. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal II:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Branchenanangelegenheiten. 3. Werkstattangelegenheiten.

Bilderrahmenmacher.

Die zu Montag, den 25. Oktober, in Aussicht genommene Branchen-Versammlung findet erst **Mittwoch, den 3. November**, statt.

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Branchen und Bezirke
Freitag, 29. Oktober, bei Freyer, Koppenstr. 29.

Möbelpolierer!

Donnerstag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Neue Formen und Methoden im Lohnkampf. Referent: Kollege Theodor Seipart, erster Vorsitzender unseres Verbandes. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanangelegenheiten.
NB. Die Kollegen werden ersucht, dieser Versammlung ganz besonderes Interesse entgegenzubringen und für guten Besuch Sorge zu tragen.
Die Branchenleitung.

Der Landtagswahl wegen bleiben unsere Büreaus heute, **Dienstag, den ganzen Tag geschlossen.** 91/1*

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum.

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegene, billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Oranger Straße, Mühl-Strasse, Holländer- und Thuner Straße.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 27. Oktober cr., abends 8^{1/2} Uhr: Mitglieder-Versammlung der Klempner

in den „Andreas-Festsälen“, Andreadstr. 21.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Branchenkommission. 2. Bericht von der Gelbmaler- und Bauarbeiter-Konferenz. 3. Neuwahl der Branchenkommission. 4. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 27. Oktober cr., abends 6 Uhr: Versammlung der chirurgischen Branche

im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung:
2. Vortrag des Genossen Max Schütte: „Die spanische Frage“.
3. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 27. Oktober cr., abends 8^{1/2} Uhr: Versammlung der Graveure, Ziseleure

im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Weiß über: „Die moderne Kunst im Arbeiterheim“. (Erläuterungen an der Hand von Tafeln). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mittwoch, den 27. Oktober cr., abends 6 Uhr: Versammlung für alle

in den Betrieben zur Herstellung von gelochten Blechen beschäft. Arbeiter im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Adolf Wuschlek über: „Der Kampf um die Nacht“. 2. Diskussion. 3. Branchenanangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mittwoch, den 27. Oktober cr., abends 8^{1/2} Uhr: Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie sämtlicher in Mechanikerbetrieben beschäftigten Kolleginnen u. Kollegen

in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Siller über: „Diesseits und jenseits des Ozeans“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanangelegenheiten.

Mittwoch, den 27. Oktober cr., abends 8 Uhr: Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter

Berlins und Umgegend

im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15 (Saal VIII):

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Adolf Wuschlek über: „Der Kampf um die Nacht“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Branchenleitung. 4. Neuwahl der Agitationskommission und Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch obiger Versammlungen ist notwendig. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Protokolle vom Verbandstag in Hamburg bei den Kassierern und im Bureau zu haben sind.

Die Bibliothek ist von Mittwoch, den 27. d. M., an wieder geöffnet. Dieselbe befindet sich in unserem Verbandshaus, Charitéstr. 3, vorn part. rechts, im Laden. 124/12
Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.
Den Kollegen teilen wir hierdurch mit, daß unser Bureau am Dienstag, den 26. Oktober, wegen der Landtagswahl geschlossen bleibt. Der Kassierer ist jedoch bis 12 Uhr mittags anwesend. 30/18
Der Zweigvereinsvorstand.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Kredit. Möbel auf Teilzahlung
bei allerkleinster An- u. Abschaltung. Größte Rücksicht bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit.
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Prof. Ernst Haeckels Wanderbilder aus den Tropen.
Gr. Lichtbildervortrag von Ewald Vogtherr, Wiesbaden,
Mittwoch, den 27. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr, in Freyers Festsälen, Koppenstr. 29,
Donnerstag, den 28. Oktober, in den „Pharussälen“, Müllerstr. 149,
Freitag, den 29. Oktober, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114,
Sonnabend, den 30. Oktober, in den Prachtsälen „Nord-West“, Wickestr. 24.

Billetts à 20 Pf. sind in den Zigarrengeschäften von **W. Boerner**, S., Ritterstraße 15; **H. Bobsien**, S., Kommandantenstr. 62; **G. Henz**, NW., Wilhelmshavener Str. 61; **H. Rieck**, Rummelsburg, Kantstr. 23; **H. Vogel**, N., Lortzingstr. 37; **H. Ziehm**, N., Bernauer Straße 48; **H. Istema**, Seelower Str. 25, und **H. Kraft**, Weberstr. 24a; bei **O. Christian**, NO., Georgenkirchplatz 12; **A. Harndt**, O., Rüdersdorfer Str. 48; **W. Krause**, N., Pappel-Allee 15-17; **P. Schrolle**, Landwehrstr. 3; in den Schankgeschäften von **A. Kowalezyk**, Dall-dorfer Str. 5; **H. Mix**, Skalitzer Str. 59; **C. Rott**, Strassmannstr. 29, und **C. Voigt**, Koppenstr. 34; in den Billettstellen der Freien Volksbühne und am Eingang zu haben.

L. A.: **Ad. Hoffmann**, Blumenstr. 23.

15 öffentliche

Gemeindewähler - Versammlungen

Dienstag, 26. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

2. Kommunalwahlbezirk:

Restaurant Wittenbecher, Behrenstr. 16
Referent: Stadtv. Johannes Sassenbach.

5. Kommunalwahlbezirk:

Zühlke (Jah. Nisbe), Denuwitzstr. 13/15
Referent: Stadtverordneter Paul Dupont.

8. Kommunalwahlbezirk:

Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7
Referent: Schriftsteller Max Grunwald.

13. Kommunalwahlbezirk:

Graumanns Festsäle, Nanninstr. 27
Referent: Stadtverordneter Paul Singer.

14. Kommunalwahlbezirk:

Zur Drachenburg, Vor dem Schlesischen Tor
Referent: Stadtverordneter Artur Stadthagen.

17./18. Kommunalwahlbezirk:

Arminhallen, gr. Saal, Kommandantenstr. 58/59
Referent: Stadtverordneter Emanuel Wurm.

24. Kommunalwahlbezirk:

Sifin, Memeler Straße 67
Referenten: Stadtverordnete Carl Leid und Paul Schneider.

25. Kommunalwahlbezirk:

Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151
Referent: Stadtverordneter Bernhard Bruns.

28. Kommunalwahlbezirk:

Altes Schützenhaus, Einiestraße 5
Referenten: Stadtv. Dr. Alfred Bernstein und Leonhard Zucht.

31. Kommunalwahlbezirk:

Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11
Referenten: Stadtv. A. Hoffmann, Rechtsanw. Dr. Kurt Rosenfeld.

37. Kommunalwahlbezirk:

F. Wilkes Festsäle, Brunnenstr. 188
Referent: Stadtverordneter Dr. Hermann Weyl.

39. Kommunalwahlbezirk:

Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 110
Referenten: Reichstagsabg. Molkenbuhr und Stadtverordneter Adolf Ritter.

42. Kommunalwahlbezirk:

Brauerei Patzenhofer, Turmstr. 25/26
Referenten: Stadtverordn. Willh. Pfannkuch und Rechtsanwalt Dr. O. Cohn.

43. Kommunalwahlbezirk:

Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49
Referent: Stadtverordneter Ferdinand Ewald.

47. Kommunalwahlbezirk:

Pharussäle, Müllerstr. 149
Referenten: Landtagsabgeordn. und Stadtverordneter Dr. K. Liebknecht u. H. Metzke.

Tagesordnung: **Der Freisinn in der Kommune und im Staat. — Freie Diskussion.**

:: Bekanntgabe des Resultats der Urwahlen zum preussischen Landtage ::

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Die Wahlkomitees.



Wir können aus voller Überzeugung behaupten, dass unsere

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

qualitätsvoll von keiner anderen Marke übertroffen werden. Josetti-Juno-Cigaretten sind heute für den Händler die leicht verkäuflichste Marke, denn sie werden stets von Qualitäts-Rauchern bevorzugt.

Josetti-Juno-Cigaretten m. a. o. M. 10 Stück. 20 Pf.



Joseffi Cigarettes · Joseffi Cigarettes

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kan-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**
Amt IV, 3014.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Ortho- und Hilfs-Krankentafeln.
Berlin N.,
fest Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Gelen, angenehm u. weich am Körper.



*„Kornsoßal in der Tisela“
Ein köstliches Getränk!
Doch soll es herrlich mundbar
Kornsoß, Polmonon' nist!*

THE PATENT

Palmona

Pflanzen-Butter-Margarine
frei von tierischen Fetten; von reinem, delikatem Geschmack; vorzüglich als Brotaufstrich; vollkommener Butterersatz.

H. Schlinck & Cie. A.G.
Alleinige Produzenten von
•Palmin• und •Palmona•

Große Firma

bergt durch Großhandl. Decken jeder Art, Gardinen, Teppiche, Stores, Portieren, Bilder und Uhren. Ohne Anzahlung bei kleinen Monatsraten.
Keine Kaffeezer. Effert. U. W. 100 an „Vorwärts“-Spekulation, Kugelsstr. 50.

Spezialarzt

für Haut- und Harnleiden ohne Quecksilber-
Einspritzung nach modern. Heilverfahren, mögl. ohne Berührung, mit nachweisbar bestem Erfolg.
Dr. Guttman, C., Königstr. 34-36 a. Alexanderpl. (9-1, 5-8, Sonnt. 9-1).

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll- Reste! Moquette. Plüsch- Reste! Satteltaschen.

Zimmer und Treppen Läuferstoffe

Kokos Haargarn, Velour etc. Muster bei näherer franko. Angabe

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Mein neuer Pracht-Katalog mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

geheimer Sitzung erklärte endlich der betreffende Schöffe sich bereit, die erhaltene Provision zu wohltätigen Zwecken zurückzugeben.

Reinickendorf-West.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte Genosse Adolf Ritter über die Bedeutung des Genossenschaftswesens für die Arbeiterklasse.

Vernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden zu den am 15. und 16. November d. J. stattfindenden Stadtverordnetenwahlen zwei Beisitzer und zwei Stellvertreter gewählt.

Dranienburg.

In der Bezirksversammlung für Dranienburg und Umgegend erstattete Genosse Brühl den Bericht vom Leipziger Parteitag.

Vermischtes.

Zugzusammenstoß. Auf dem Bahnhof Saspe ist, wie aus Danzig gemeldet wird, gestern mittag 11 Uhr 45 Min. ein Güterzug mit einem Personenzug zusammengefahren.

Ein Raub der Kassen. Wie aus Dierach gemeldet wird, ist gestern früh das Warmsteinsche Schloss in Wismannshausen oberhalb Sumpheim, ein sehr schöner, jetzt unbesetzter Sitz im Rottal, abgebrannt.

Die Sprengstoff-Explosionen in München haben ihre Ausföhrung gefunden. Der Draht leitete aus München vom 24. Oktober: Heute früh wurde in einem hiesigen Café der 17-jährige Monteurgehilfe Kellner verhaftet.

Raubmord. Aus A s s e l wird gemeldet: Auf dem Sandheimer Felde zwischen Hofseimar und Grebenstein wurde Sonnabendabend ein Raubmord verübt.

Die Cholera. Aus Königsberg in Pr. wird gemeldet: Bei Frau Wohlgenuth und Frau Schumacher und bei zwei Kindern der letzteren aus Stenwietel, Kreis Heydekrug, ist Cholera bakteriologisch festgestellt worden.

Verhaftung des Mörders von Long Island. Als Mörder der Deutschen Anna Kutter, deren Skelett kürzlich auf Long Island aufgefunden wurde, ist, wie aus New York gemeldet wird, jetzt deren Gatte, der Architekt Alfred Müller in Astoria auf Long Island verhaftet worden.

Raubmord. Nach einer Meldung aus Weimar wurde gestern morgen die 60 Jahre alte Frau Feiß ermordet und beraubt aufgefunden.

Kaufmännische Kranken- und Erbverträge von 1885. (E. S. 71.)

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Eutin), Verlag von Paul Singer, ist uns jeden Nr. 2 des 20. Jahrganges zugegangen.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Herbststimmung. Von Hans Benzmann. — Warum kann das Kind nicht sofort sprechen? II. Von R. D. Borge.

Kommunale Praxis. In vier ausführlichen Artikeln hat diese Zeitschrift die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik behandelt und in ihnen unseren Genossen eine große Anzahl wertvoller Bänke für ihre Betätigung in den Gemeinden geliefert.

Der „Wahren Jacob“ ist heute die 22. Nummer seines 26. Jahrganges erschienen, die folgenden Inhalt hat: Illustrationen: Das modernisierte Barchinell (Zum Fall Schöding).

Die sittlichen Grundlagen der Ehe. Von Dr. J. Meher-Benke. 30 Bl. — Sexuelle Abstinenz und Lebensenergie. Von Dr. J. Rütger. 30 Bl.

Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Sprechstunde findet Lindenstraße 8, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Türen, Pachtstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt.

Geyner. Eine Klage auf Aufhebung des Vertrages und Schadenersatz hätte auf Grund des von Ihnen gelicherten Sachverhalts Aussicht auf Erfolg. Zuständig ist das Amtsgericht. — Nr. 1870. 1. und 2. Ja.

zu verkehren. Die dadurch entstehenden Kosten müssen Sie tragen. Sarten Sie lieber die Beendigung des Scheidungsprozesses. — R. P. 39. Nein.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Veelth. Nach usw. Deseignen unserer Monnetten die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben wollen.

Antlicher Marktbericht der hiesigen Markt-Kassen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend.

Witterungsbericht vom 25. Oktober 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer (hoh), Windrichtung, Witterungsbericht. Rows include Schwetzingen, Mannheim, Heidelberg, etc.

Wetterprognose für Dienstag, den 26. Oktober 1909.

Hiemlich kühl, vielwolke heiter, jedoch unbeständig mit einzelnen Regenschauern und trübem westlichen Winden.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 2 columns: Wasserstand and an/seit. Rows include Memel, Elbe, Oder, etc.

+) + bedeutet Hoch. — Fall. — *) Unterpegel.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Oskar Schubert. Ehren seinem Andenken!

Umsonst. Bügeleisen, Bestede, wie nebenstehend abgebildet, und viele andere anerkannt wertvolle Gegenstände erhalten Sie bei Benützung von Flammers Seife und Flammers Seifenpulver.

